

# **Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?**

Von August Thalheimer, 1932

Eine kritische Untersuchung der Fragen:

**1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus?**

**2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampfe gegen den Faschismus versagt und wie muß sie geändert werden?**

# I. Die Gefahr.

## 1. Der Faschismus an der Schwelle der Macht.

Jedermann sieht heute, daß die Regierung Papen-Schleicher nur noch ein kurzer Zwischenakt zur offenen direkten faschistischen Diktatur ist, wenn nicht die Arbeiterklasse in letzter Stunde entscheidend eingreift.

Bereits die Brüning-Regierung war nur noch eine schwach parlamentarisch verbrämte Generals-Diktatur. Sie war noch überwiegend aus Vertretern parlamentarischer Parteien zusammengesetzt und stützte sich noch auf parlamentarische Parteien. Die parlamentarische Stütze hatte jedoch nur noch geringe Bedeutung. Ihre ausschlaggebenden Stützen waren außerparlamentarisch, die Reichswehr einerseits, die freien und christlichen Gewerkschaften andererseits.

Die Regierung Papen-Schleicher hat die parlamentarische Verbrämung und Stütze ganz fallen lassen. Sie ist auch nicht mehr aus Vertretern parlamentarischer Parteien zusammengesetzt. Sie ist nicht nur überwiegend außerparlamentarisch, sondern von vornherein gegenparlamentarisch. Sie hat ausschließlich außerparlamentarische Stützen, die zugleich gegenparlamentarisch sind, die Reichswehr und die faschistischen Massenorganisationen. Die Reichswehr ist aber auf die Länge keine selbständige politische Kraft gegenüber dem Faschismus, wie sehr die Reichswehr-Generale sich das auch einbilden mögen. Die Reichswehr steht bereits in einem solchen Umfang unter faschistischem Einfluß, daß sie im Falle eines Konfliktes nicht mehr gegen den Faschismus eingesetzt werden könnte. Das bedeutet aber nichts Geringeres, als daß der Faschismus bereits der tatsächliche Herr der Lage ist und zu einem beliebigen Zeitpunkt die indirekte Herrschaft, die er bereits jetzt ausübt, in eine direkte umwandeln, die junkerlich-militaristische Regierung beiseiteschieben und selbst die volle und ausschließliche Macht übernehmen kann.

Das alles ist keineswegs „plötzlich“ gekommen. Es hat sich von langer Hand mit deutscher Langsamkeit und Gründlichkeit „entwickelt“.

Die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 signalisierten zum erstenmal der Masse des Proletariats die gewaltige Größe und die drohende Nähe der faschistischen Gefahr. Andere erste Warnungszeichen waren im Laufe des Jahres 1929 vorausgegangen. Sie waren weder von der SPD, noch von der KPD, beachtet oder verstanden worden. Die frühzeitigen und hartnäckigen Warnungen der Kommunistischen Opposition wurden in den Wind geschlagen. Die Sozialdemokratie klammerte sich an die große Koalition, an die „Macht“. Die Kommunistische Partei phantasierte vom „revolutionären Aufschwung“, — sie schritt in ihrer Einbildung — von Sieg zu Sieg, während die Arbeiterklasse in Wahrheit Schritt um Schritt kampflös zurückwich.

Indessen kümmerte sich die Geschichte weder um die Illusionen der einen noch der anderen. Sie zog mit eiserner Logik, unerbittlich die Folgerungen aus den Tatsachen.

Die Reichspräsidentenwahlen vom 13. März und 10. April und die Preußenwahlen vom 24. April beleuchteten grell die in einhalb Jahren vom Faschis-

mus zurückgelegte gewaltige Wegstrecke und die schwere Niederlage der Arbeiterbewegung. Der Faschismus ist an die Schwelle der Macht gelangt. Wenn am 10. April die Sozialdemokratie die wirkliche Lage sich mit dem lächerlichen Wahn verschleiern konnte, als ob die durch ihre Hilfe zustande gekommene Wahl Hindenburgs den Sieg der Weimarer Republik und den beginnenden Abstieg des Faschismus bedeutete, so haben der 24. April, die Odenburger Wahl, der Sturz der Brüningregierung die Bildung der Regierung Papen-Schleicher, die Aufhebung des SA-Verbots, dieser Täuschung ein schnelles und verdientes Ende bereitet. Jedem Arbeiter ist heute klar, daß nicht die Militärpartei mit Hindenburg an der Spitze sich der Weimarer Republik, sondern daß die „Republikaner“ sich der Militärpartei verschrieben haben und daß die Militärpartei sich den faschistischen Siegern zuwendet.

Der Nationalsozialismus hat sich am 24. April zur weitaus stärksten Partei aufgeschwungen. Er erlangte die doppelte Zahl der Stimmen wie die Sozialdemokratie und mehr als Sozialdemokratie und Kommunistische Partei zusammen. (8 Millionen gegen 7½ Millionen der SPD und KPD.) Wenn die Sozialdemokratie am 10. April lobte, daß kommunistische Wähler in mehr oder minder großer Zahl zu den Nationalsozialisten abgeschwenkt seien, so offenbarte der 24. April, daß auch ein beträchtlicher Teil des kleinbürgerlichen Anhangs der Sozialdemokratie von der schwarzrotgoldenen Fahne zum Hakenkreuz gegangen war. Es waren dies nicht nur die Karrieremacher, die die Regierungspartei von gestern verließen, um der Regierungspartei von morgen zu folgen. Es waren breite Massen des Kleinbürgertums, Opfer der Krise, enttäuscht von der Sozialdemokratie, die sie unter die Räder der Wirtschaftskrise warf, enttäuscht von der Kommunistischen Partei, die sich als kampfunfähig erwiesen hatte, Wähler, die jetzt sich entschlossen, auf die letzte Karte zu setzen, die noch nicht erprobt war, die des Faschismus.

Dem Faschismus gelang am 13. März, am 10. und 24. April zum erstenmal ein tiefer Einbruch in die Front der Arbeiterklasse. Niemand kann sagen, daß dieser Einbruch ein überraschender Handstreich war. Er war planmäßig, von langer Hand vorbereitet.

Alle die eingebildeten „natürlichen“ Schranken des Faschismus, mit denen sich abwechselnd bürgerliche Liberale und Demokraten, Sozialdemokraten und offizielle Kommunisten gefröstet hatten, erwiesen sich der Reihe nach als Einbildungen. Der Faschismus rieb zuerst die bürgerlichen Mittelparteien, die traditionellen liberalen demokratischen und konservativ-reaktionären Parteien des Bürgertums und Kleinbürgertums auf. Liberale, Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten fröstelten sich: Der Faschismus gruppiert nur Bürgertum und Kleinbürgertum um; das Arbeiterlager ist einbruchsicher! Der Faschismus schritt weiter. Er räumte unter den faschistischen Konkurrenzgruppen auf, zog die Truppen Hugenburgs wie die des Stahlhelms an sich und brach in das Arbeiterlager ein.

Die „natürlichen“ Grenzen des Faschismus bestanden nur in der schier unannäherlichen Beschränktheit des politischen Urteils und in der Kampfunfähigkeit seiner Gegner.

War nicht eitel Freude gewesen über den Zusammenbruch der „Harzburger Front“? War es nicht herrlich zu sehen, wie der Faschismus sich selbst zerfleischt und erledigt — ohne daß seine Gegner sich zu bemühen brauchten? Kurzsichtige Selbsttäuschung! Die „Harzburger Front“ ist für den Nationalsozialismus überflüssig geworden. Die Nationalsozialisten haben sich die Vormacht im faschistischen Lager erkämpft. Die Einheit des Faschismus ist heute nicht mehr der lose Zusammenschluß verschiedener faschistischer Organisationen und Parteien, sie ist die Vormacht einer Partei, der nationalsozialistischen. Sie ist also stärker.

Der Faschismus steht an der Schwelle der Macht. Er schickt sich zum „Endspurt“ an. Der Arbeiterklasse bleibt nur noch eine Galgenfrist. Sie wird entweder kurz vor dem Ziel noch die Kräfte zusammenraffen und den Vorsprung des Faschismus einholen, oder sie wird geschlagen.

## 2. Die nächsten Perspektiven des Faschismus und die Wirtschaftskrise.

Im Weltkrieg bildete sich die Sozialdemokratie ein, sie könne das Weltungewitter gleichsam hinter dem Busch abwarten und dann frischweg da fortfahren, wo sie vor dem Kriege aufgehört hatte. Sie bildet sich ein, sie könne die Wirtschaftskrise über ihrem Kopf wegziehen lassen, um „nachher“ das inzwischen preisgegebene Terrain wieder zu besetzen. Das eine ist eine Fehlrechnung wie das andere eine war. Der Klassegegner wartet nicht, er nützt seine Zeit, er handelt seinen Zielen entsprechend, er besetzt jeden Fußbreit geräumten Bodens und jeder Teilsieg steigert seine Kraft, sein eigenes Kraftbewußtsein, seine Autorität in den Massen und beschleunigt so seinen weiteren Vormarsch. „Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg“, sagt ein amerikanisches Sprichwort.

Die Wirtschaftskrise läßt dem Faschismus noch weiteren Spielraum. Der Faschismus machte seine ersten kühnen Vorstöße noch vor dem Ausbruch des ökonomischen Weltungewitters in Amerika, auf Grund der in Deutschland selbst einsetzenden Wirtschaftsdepression im Laufe des Jahres 1929. Die Weltwirtschaftskrise selbst ist aber kein schnell vorüberziehendes Unwetter. Sie ist eine lange Reihe von Katastrophen von sich steigendem Umfang und Wucht. Das Jahr 1932 übergipfelt noch das Jahr 1931.

Es genügt, zum Beweis zwei Zahlenreihen anzuführen:

### Arbeitslosigkeit (in Tausend)

	1931	1932
Januar	4 887	6 092
Februar	4 972	6 128
März	4 744	6 034

### Beschäftigungsgrad der Industrie.

#### a) Produktionsmittel-Industrien (Prozentzahlen).

	1931	1932
Januar	46,3	34,4
Februar	45,3	33,8
März	45,9	34,0

#### b) Konsumionsmittel-Industrien.

	1931	1932
Januar	55,8	51,2
Februar	57,0	51,0
März	58,0	50,6

Nicht nur liegen die Arbeitslosenzahlen 1932 um mehr als eine Million höher als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Der Konjunkturrückgang der nicht an die Saison gebundenen Industrien ist beschleunigt. Die Einfuhr industrieller Rohstoffe ist im rapiden Sinken. Für eine schnelle, allgemeine und durchgreifende Konjunkturwende sind weder in der übrigen Welt noch in Deutschland Anzeichen vorhanden. Das Kapital reagiert durch neue Angriffe auf die Löhne, die Arbeitslosenversicherung, die Sozialpolitik.

Die Regierung Papen-Schleicher fährt da fort, wo die Regierung Brüning aufgehört hat, die ihrerseits das weiterführte, was die Regierung Hermann Müller und Hilferding begonnen hatte. Die Regierung Brüning hatte die Sozialversicherung Schritt um Schritt abgebaut; die Regierung Papen-Schleicher baut weiter ab und hat bereits die Axi an das ganze Gebäude dieser Versicherungen gelegt. Die Regierung Brüning unterhöhle bereits das Tarifrecht. Die Regierung Papen-Schleicher schickt sich an, es zu zerschlagen. Die Regierung Brüning hatte riesige steuerliche Belastungen der Massen verbrämt mit kleinen „Opfern“ der Besitzenden. Die Regierung Papen-Schleicher verzichtet auch auf die Heuchelei solcher Verbrämungen fallerding nicht auf die christ-

lich-frömmelnden Redensarten, die nichts kosten und die all hergebrachte Begleitmusik der preußischen Junkerfuchtel sind).

Eine Konjunkturlinse aber, wenn sie kommt, so wird sie allen Voraussetzungen entsprechend, kurzalmig sein und sich sehr ungleichmäßig auf die verschiedenen Länder erstrecken. Welche kapitalistischen Länder an dem kapitalistischen Wiederaufschwung teilnehmen werden, wenn er kommt und in welchem Umfang sie teilnehmen werden, das entscheiden die vorhandenen kapitalistischen Kraftreserven jedes Landes und der kapitalistische Konkurrenzkampf. In einem Lande wie Deutschland, das unter den großen kapitalistischen Staaten wirtschaftlich und weltpolitisch das schwächste Glied ist, mußte nicht nur die Wirtschaftskrise den Druck des Kapitals auf die Arbeiterklasse aufs äußerste verstärken. Der Beginn eines Konjunktumschwunges in bestimmten Teilen der Weltwirtschaft wird beim deutschen Kapital den Drang steigern, die Herabdrückung der Lebenshaltung der Werktätigen, die es unter dem Drucke der Krise erreichen konnte, unter allen Umständen, gewaltsam, festzuhalten, um im Konkurrenzkampf um den Wiederaufstieg seine Kampfmittel zu verbessern. Die Wirtschaftskrise hat jedoch den Aufschwung des Faschismus forciert nur in Verbindung mit dem Versagen der Arbeiterklasse im Kampf um den revolutionären Ausweg aus der Krise, ja auch nur im Kampf um die Erleichterung der Krisenlasten auf Kosten des Kapitals.

An sich, objektiv, ist die Wirtschaftskrise der klassische Boden für die Entfaltung der Kräfte der proletarischen Revolution.

Wann sollten diese Kräfte sich freier und mächtiger regen können als jetzt, wo die Grundlagen des Kapitalismus so tief und lange anhaltend wie nie zuvor erschüttert worden sind und weiter erschüttert werden? Die Krise liefert aber nur die revolutionären Voraussetzungen, die revolutionären Möglichkeiten. Die Kraft muß die revolutionäre Klasse aufbringen. Die Tat muß sie selbst tun.

Hält die Arbeiterklasse nicht durch ihre selbständige Klassenaktion den Faschismus auf, so gibt es keine Kraft, die ihn hindern könnte, den Schritt von der Schwelle der Macht zur Macht selbst zu tun. Weder die Reichswehrgeneralität noch die Schachzüge des Zentrums sind ernsthafte und dauernde Hindernisse.

Die Reichswehrgeneralität, die Militärpartei, nachdem sie Hitlers „Privatarmee“, die SA und SS, im Interesse ihrer eigenen Machtstellung formell aufgelöst hatte, hat bereits diesen Schritt wieder rückgängig gemacht. Sie hat kurzerhand den für das Verbot formell Verantwortlichen, den General Gröner, über die Klinge springen lassen und kurz darauf die Regierung Brüning nachgeschickt.

Die Militärpartei schreitet damit auf dem Wege weiter, den sie systematisch verfolgt hat, dem Weg zur Verselbständigung der Exekutivgewalt, dessen Vollendung die faschistische Diktatur ist. Was sie zuweilen zögern oder einzelne Ausfälle gegen den Faschismus machen läßt, ist nicht irgendwelche Schwäche für die Weimarer Republik, sondern lediglich die Sorge um ihren eigenen Anteil bei der Ausübung der faschistischen Diktatur. Aber die Militärgewalt kann sich in einem Lande mit breiten und traditionellen proletarischen Massenorganisationen und mit ausgedehnter politischer Organisiertheit überhaupt nicht allein zum Herren der Gesellschaft aufschwingen. Sie bedarf der Hilfe breiter, konterrevolutionärer Massenorganisationen — einer faschistischen Massenpartei, der sie sich am Ende unterordnen muß. Der Faschismus wirkt auf die militärischen Spitzen mittelbar und unmittelbar. Die mittelbare Einwirkung vollzieht sich nicht nur durch die zivilistische Einflußsphäre, von der die militärischen Spitzen umgeben sind, die ehemaligen Offiziere, die Spitzen der alten Bürokratie, die Junkerherrschaft, die Spitzen des Monopolkapitals, sondern auch von der militärischen Seite her: durch die Durchdringung der Mannschaft, der Unteroffiziere und der jüngeren Offiziere der Reichswehr mit dem „Geiste“ des Faschismus.

Das Gros der Reichswehr ist vom Faschismus bereits tief durchdrungen. Die Reichswehr, sorgsam abgesperrt vom Zivilleben wie sie sein mag, schwebt deshalb nicht in der blauen Luft. Sie folgt unten den politischen Strömungen des Kleinbürgertums, das ihr klassenmäßiger Mutterboden ist, oben denen der Großbourgeoisie.

Vom Gesichtspunkt der faschistischen Machtergreifung haben die parlamentarischen Manöver, deren Träger das Zentrum ist, nur untergeordnete und vorübergehende Bedeutung. Der Faschismus kennt sein eigenes Interesse zu gut, um nicht zu verstehen, daß er aus der Opposition in die „Verantwortung“ nur unter der Bedingung einrücken kann, daß er die Macht bekommt, um jede Kritik, jede Konkurrenz, jede Opposition gewaltsam niederzuschlagen, d. h. daß er die volle Verfügung über die Exekutivgewalt hat. Wird sie ihm nicht freiwillig gegeben, so wird er sie im geeigneten Augenblick nehmen. Hebt die parlamentarische Demokratie sich selbst auf, in dem sie etwa in Preußen als parlamentarische Minderheit in der Form des Geschäftsministeriums oder des Reichskommissars weiter regiert, so befähigt sie den Faschismus, seinem Staatsstreich die Weihe der „demokratischen“ Legalität zu geben.

Sind erst die außerparlamentarischen Voraussetzungen reif, so arbeitet die Innehaltung der „Spielregeln“ der bürgerlichen Demokratie für den Faschismus – und ihre Aufhebung ebenfalls.

### 3. Die Warnungen der Kommunistischen Opposition und die offizielle Blindheit.

Das Resultat des 13. März, des 10. und 24. April 1932, sagten wir, war von langer Hand vorbereitet. Wir fügen jetzt hinzu: auf diese Vorbereitungen machte die Kommunistische Opposition die Arbeiterschaft im allgemeinen, die kommunistischen Parteimitglieder im besonderen frühzeitig und mit voller Klarheit aufmerksam.

Am 5. Januar 1929 schrieb das theoretische Organ der KPD.-Opposition, „Gegen den Strom“:

„Die Herrschaft des Monopolkapitals ist innerpolitisch von einem Fortschreiten der Reaktion auf allen Gebieten begleitet. Wir beobachten deutliche Tendenzen zum Abbau der bürgerlich-demokratischen Rechte und Formen und zur Errichtung einer offenen, durch keinerlei formale Rücksichten gebundene Kapitalsdiktatur. Die Reichswehr hat sich zu einem Staat im Staate entwickelt. Nicht die parlamentarische Regierung kontrolliert die Reichswehr, sondern Gröner erteilt dieser Regierung und der Reichswehr Befehle.

Am 9. März 1929, „Gegen den Strom“ Nr. 10: „Die Krise des Parlamentarismus – das Vorspiel der Krise der bürgerlichen Herrschaft:

„Was jetzt in der politischen Sphäre vor sich geht, ist die allmähliche, schrittweise Vorbereitung einer gewaltigen politischen Krise. Verfolgt man nicht ebenso Schritt für Schritt seine Vorbereitungen, gibt man sich nicht wenigstens in den großen Umrissen Rechenschaft, wohin diese Selbstzersetzung der bürgerlichen Demokratie führt, so wird der Schlag überraschend kommen, er wird die Partei und die Arbeiterklasse unvorbereitet treffen . . . Was hier vor sich geht, das ist die ideologische Vorbereitung des Bodens für die offene Trustdiktatur durch die bürgerlichen Parteien selbst, deren Verwirklichung die Vernichtung dieser selben politischen Parteien und damit der politischen Existenz der Bourgeoisie voraussetzt. Die soziale Herrschaft der Bourgeoisie ist in Widerspruch geraten mit ihrer politischen Herrschaft. Sie bereitet ihre politische Abdankung vor, um ihre Klassenherrschaft zu retten und zu festigen. Die Bourgeoisie spürt es klar voraus, daß dies nur durch einen Bürgerkrieg vollführt werden kann. Davor schreckt sie heute noch zurück. Es bedarf dazu einer Vorbereitung von langer Hand, und einer akuten politischen und

sozialen Krise. Heute wäre es für sie noch „ein Sprung in: Dunkel“. Und für diesen Sprung selber braucht es einen Springer außerhalb, über oder unter den Reihen der parlamentarischen Politiker. Der Diktator ist noch nicht da. Sind aber die Bedingungen geschaffen — so wird sich die benötigte Figur irgendwie und irgendwo finden. Das braucht kein „Heros“, nichts Außerordentliches zu sein. Sind die sozialen und politischen Bedingungen dafür bereit, so genügt, wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, die ordinärste Blechfigur dafür . . . So reift also Schritt für Schritt die Krise des Parlamentarismus in Deutschland heran, die in eine Krise der bürgerlichen Herrschaft überhaupt auslaufen muß . . . Wie aber diese Krise, wenn sie akut wird, gelöst wird, revolutionär oder konterrevolutionär, das hängt in beträchtlichem Maße von der Kommunistischen Partei ab. Davon, ob sie sich mit den werktätigen Massen und ihren Kämpfer zu verbinden weiß, oder ob die von der bürgerlichen Demokratie einschließlich der Sozialdemokratie enttäuschten Massen den Stimmungen der Passivität, der politischen Gleichgültigkeit und der politischen Unorganisiertheit zum Opfer fallen. Die tödliche Gefahr des heutigen Kurses der Partei besteht darin, daß er objektiv die letztere Entwicklung fördert.“

Am 18. Mai 1929, nach den sächsischen Landtagswahlen, die eine Verdoppelung der faschistischen Stimmen binnen einem Jahre brachten „Gegen den Strom“ Nr. 20:

„Dasjenige Ergebnis der Wahlen zum sächsischen Landtag, das von allgemeiner, symptomatischer Bedeutung für die politische Entwicklung ist, ist die Tatsache, daß die große Linksbewegung der Wählerchaft, die bei den Reichstagswahlen im Mai vorigen Jahres in die Erscheinung trat, zum Stehengekommen und abgelöst ist durch eine Strömung nach rechts, deren hervorstechendstes Merkmal der Vormarsch des Faschismus ist.“

Am 25. Juni 1929, Nr. 26:

„Dem Signal des faschistischen Vormarsches, das die sächsischen Landtagswahlen gaben, folgen jetzt die Signale der Mecklenburger Wahlen, wo der Faschismus ebenfalls seine Stimmenzahl zu verdoppeln wußte und folgen die Koburger Gemeindewahlen mit einem überwältigenden Sieg der Nationalsozialisten . . . Der Henker steht vor der Tür!“

Am 6. Juli 1929 Nr. 22 :

„Wir schreiben aber nicht mehr 1923. Inzwischen hat der Faschismus seine Wurzeln mächtig ausgebreitet. Er bereitet sich breit, planmäßig, von langer Hand vor. Im Zusammenprall mit den bewaffneten Kräften des faschistischen Staatsstreichs — der das logische Ende der langen Kette ideologischer, politischer, organisatorischer, technischer Vorbereitungen ist, — wird die bürgerlich-demokratische Wehrmacht nicht nur zusammenbrechen wie ein faules Rohr, sie wird den Gegner verstärken und gegen die Arbeiterschaft in Aktion treten.“

Am 15. April 1930, Nr. 14, beim Regierungsantritt Brünnings:

„Von der heutigen Präsidentenregierung geht der gerade Weg zur faschistischen Diktatur, zur unbeschränkten Herrschaft des staatlichen Gewaltapparates, der seiner Organisation nach ein gehorsames Werkzeug des großen Kapitals ist . . . Vom verfassungsmäßigen Regime des Artikels 48 führt der Weg zum faschistischen Staatsstreich.“

Am 26. April 1930, Nr. 17, „Grundlagen und Wege der faschistischen Entwicklung in Deutschland“:

„Daß der Weg von der Präsidentendiktatur zur faschistischen Diktatur in Deutschland geht, scheint manchem vielleicht heute noch unwahrscheinlich, weil die unmittelbar gegebene Lage, der unmittelbare

Augenschein noch ganz anders aussieht. Da sind noch mächtige Gewerkschaften. Anscheinend intakte und starke bürgerliche Parteien. Die Nationalsozialisten scheinen noch eine Nebenrolle zu spielen usw.

Daraus geht nur hervor, daß der Faschismus in Deutschland noch eine gewaltige Vorbereitungsarbeit, eine gewaltige Arbeit der „Abnützung“ und Zertrümmerung der ihm entgegenstehenden Kräfte vor sich hat. Aber diese Arbeit hat bereits begonnen und bereits wichtige Resultate gezeitigt . . . .“

Am 20. September 1930, Nr. 38, zu den Reichstagswahlen:

„Der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution; das ist die Signatur der Lage.“

Wir beschränken uns auf diese wenigen Stellen. Die Sozialdemokratie, bagatellisierte, in der „Staatsmacht“ sitzend, die faschistische Gefahr, und danach ließ sie alle paar Wochen oder Monate ihn seinen „Höhepunkt erreicht“ haben und ihn durch irgend welches parlamentarische oder Regierungswunder zusammenbrechen.

Die Instanzen der KPD. und der Kommunistischen Internationale beauschten sich am „revolutionären Aufschwung“.

Einige wenige Proben:

Manuiski, Mitglied der Exekutive der Kommunistischen Internationale („Zur Diskussion in der KPD“, „Inprekorr“ vom 15. Februar 1929):

„Von dieser Perspektive aus werden die Streiks von 1918 und 1919, die Revolutionsausbrüche, deren Zeugen wir in Oesterreich, Ungarn und Deutschland 1918 und 1919 waren, die Kämpfe der Spartakisten als Miniaturen erscheinen im Vergleich mit den internationalen Kämpfen, denen alle unsere Kommunistischen Parteien im Weltmaßstabe entgegenstreiten. Gerade dieses Moment der heranreifenden Gegensätze ist die „Seele“ der dritten Periode, von der in der Resolution des VI. Weltkongresses die Rede ist . . .“

Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zum 1. Mai 1929:

„Immer kühner und entschiedener vollzieht sich der Uebergang der werktätigen Massen von der Verteidigung zum Angriff gegen das Kapital.“

Der Leitartikel der „Roten Fahne“ vom 1. Mai 1929:

„Auf das Wellental zwischen zwei Wellen der Revolution, auf die Fläute, die sich den ersten stürmischen Kampffahren der Nachkriegszeit anschloß, folgt ein neuer revolutionärer Aufstieg. Schon die ersten Signale verkünden den grandiosen Donner des künftigen proletarischen Oktobers.“

Thesen für Agitatoren und Propagandisten, herausgegeben vom ZK. der KPD, Mai 1929:

„Die Berliner Barrikadenkämpfer demonstrieren, daß wir einer unmittelbar revolutionären Situation entgegengehen, mit den Entwicklung die Frage des bewaffneten Aufstandes unmittelbar auf die Tagesordnung gesetzt wird.“

Thesen des X. Plenums der Exekutive Juli 1929:

„Die Berliner Maitage bedeuten einen Wendepunkt des Klassenkampfes in Deutschland und beschleunigen das Tempo des revolutionären Aufschwunges der deutschen Arbeiterbewegung.“

Und so ging es weiter in der Selbsttäuschung und der Täuschung anderer. Noch der 14. September 1930, die Reichstagswahl, erschien den Instanzen der Partei als der Sieg des Kommunismus, der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution aber als eine Seifenblase, die bald platzen würde, oder gar als (unbewußte und ungewollte) Vorarbeit für den Kommunismus.



#### 4. Was bedeutet der Sieg des Faschismus für die Arbeiterklasse?

Sogar für den Sieg des Faschismus gibt es „revolutionäre“ (in Wahrheit einfach kapitulantenmäßige) Trostgründe.

Kann der Faschismus irgend eine der grundlegenden „Fragen“ des Kapitalismus in Deutschland lösen? So wird gefragt, und aus der verneinenden Antwort gefolgert, daß also seine Herrschaft nur kurz sein könne, wenn er sie einmal angetreten habe.

Natürlich kann der Faschismus keine der Grundfragen des Kapitalismus lösen. Aber er kann etwas anderes. Er kann die Kraft, die allein den revolutionären Ausweg erkämpfen kann, für Jahre desorganisieren, zerschlagen, entwaffnen, außer Gefecht setzen. Er kann für den sterbenden Kapitalismus kostbare Zeit gewinnen. Er kann die Lasten und Leiden des kapitalistischen Niedergangs doppelt und dreifach einem gefesselten Proletariat auferlegen und dem Kapital auf seine Kosten eine Atempause schaffen.

Eine einzige Tatsache möge die ökonomische Seite dieser Frage beleuchten. Das faschistische Italien zählte nach einer der letzten unvollständigen amtlichen Zählungen 1 147 945 Arbeitslose. Die Zahl ist seit dem Vorjahr um 50 Prozent gesiegen. Der Faschismus kann die Wirtschaftskrise von Italien so wenig fernhalten wie irgend ein anderes kapitalistisches Regiment.

Aber von diesen 1 147 945 amtlich angegebenen Arbeitslosen werden nur 302 000 unterstützt und dies mit den jämmerlichsten Bettelpfennigen.

Das kann der Faschismus und das tut er. Das kann und das tut die konterrevolutionäre Gewalt, die sich in den Dienst des Großkapitals stellt und jeden Widerstand der Arbeiterklasse gegen den Druck des Kapitals selbst auf dem Boden des Kapitalismus diktatorisch niederzwingt.

Der russische Zarismus war schon 1905, historisch, ökonomisch, gesellschaftlich überlebt.

Die Gewalt, die Kosakenknute, der Henkerstrick, die schwarzen Hunderte, die Ochrona, Sibirien, die Unterstützung durch den westeuropäischen Kapitalismus hielten ihn noch 12 Jahre.

Die Revolution, die den Zarismus im März 1917 wegfegte, hatte sich ihren Weg nicht nur zu bahnen über ungezählte Opfer der konterrevolutionären Gewalt, über unerlört verschärfte Ausbeutung, sondern auch über Millionen imperialistischer Kriegsoffer hinweg.

Es lag nicht an der russischen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei, den Bolschewiki, daß der Zarismus nicht schon 1905 geschlagen wurde.

Aber es liegt an der deutschen Arbeiterklasse, an dem Verrat der Führer der Sozialdemokratie, an der Blindheit und Unfähigkeit der Führung der kommunistischen Partei Deutschlands, daß der Faschismus in einer Zeit der kolossalsten Erschütterung des Kapitalismus bis an die Schwelle der Macht gelangen konnte.

## II. Die Ursachen.

### 1. Die sozialdemokratische Koalitions- und Tolerierungspolitik seit 1928.

Die Sozialdemokratie hat in der Weimarer Republik immerfort Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien getrieben. Sei es, daß sie in der Regierung war oder als parlamentarische Opposition wieder in eine neue Regierungs-Koalition zu kommen trachtete. Sie erlitt dabei hin und wieder starke Nackenschläge, aber — sie lebte, als bürgerliche Arbeiterpartei, als die Hauptträgerin der kleinbürgerlichen Demokratie und des kleinbürgerlichen Sozialismus.

Aber von 1928 ab wendet sich das Blatt.

Die Reichstagswahlen von Mai 1928 bezeugten eine starke Linksströmung in den Massen, die sowohl der SPD, wie der KPD, zugute kam.

Die Sozialdemokratie geht in die Regierung. Sie versprach den Massen Erleichterung ihrer Lasten, erweiterte Sozialpolitik, Abbau der Militärlasten, „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“. Die Wirtschaftsdepression setzte in Deutschland ein, noch ehe das Weltungewitter von Amerika losbrach. Die Sozialdemokratie wurde zur lästigen Helferin des Abbaus der das Kapital belastenden Steuern, des Abbaus der Sozialpolitik und der Löhne, nach denen das deutsche Kapital brünstig schrie. Sie wurde zur Helferin der militärischen Aufrüstung. Sie gehorchte blind den Befehlen Groeners. Hatte sie nicht Anspruch auf die Dankbarkeit des Kapitals?

Die Brüning-Regierung setzte finanz-, wirtschafts- und sozialpolitisch nur fort, was die Regierung Hermann Müller und Hilferding begonnen hatte.

Indem die Sozialdemokratie mithalf, die Zugeständnisse abzubauen, die die Arbeiterklasse sich vom Kapital erobert hatte, zog sie der parlamentarischen Republik und damit letzten Endes ihrer eigenen Existenz den Boden unter den Füßen weg, nährte sie die faschistische Demagogie, bahnte sie der faschistischen Massenbewegung im Kleinbürgertum und in der Arbeiterklasse den Weg. Schon in diesem Stadium bereite sie die Präsidenten-Diktatur vor.

Welch ein Trumpf war es für Hermann Müller, die Autorität Hindenburgs für die Unterzeichnung des Youngplanes ins Feld zu führen! Der Weg zur Reichspräsidentendiktatur wurde von der Sozialdemokratie gebahnt. Zu dem System der Notverordnungen legte die Regierung Hermann Müller die Grundlage. Im „Kabinett der Persönlichkeiten“, mit dem die Sozialdemokratie paradierte, lag bereits der Anspruch auf die die Unabhängigkeit der Regierung von den parlamentarischen Parteien, auf Ausschaltung des Parlaments, wie Brüning Tag um Tag fortführte.

Die dankbare Bourgeoisie gab der Regierung Hermann Müller und Hilferding den Laufpaß, nachdem sie den Youngplan in die Scheune gebracht und den ökonomischen Angriff auf die Arbeiterklasse eingeleitet hatte.

Was die Koalitionspolitik begann, setzte die Tolerierungspolitik gegenüber die Brüning-Regierung fort und hat es zu einem glücklichen Ende geführt. Die Einzelheiten sind noch in aller Gedächtnis und brauchen hier nicht weiter aufgezählt werden.

Die Summe der Tolerierungspolitik, die zugleich die Politik des „kleineren Übels“ ist, ist einfach zu ziehen. Der illusionäre Grundgedanke der Tolerierungspolitik war, um jeden Preis den „gemäßigten“, „demokratischen“ Flügel der Bourgeoisie zu stützen und ihren „radikalen“, d. h. faschistischen Flügel zu verhindern, an die Macht zu kommen. So sollte die bürgerlich-parlamentarische Demokratie gerettet werden. Aber der „gemäßigte“ Teil der Bourgeoisie, war ebenso ungemäßigt wie der „radikale“ in seinen Angriffen auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie ging also durch Dick und Dünn mit der Bourgeoisie beim Angriff auf die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse. Aber um diese Angriffe durchführen zu können, mußten die demokratischen Rechte der Werktätigen, Schritt für Schritt abgebaut, verflümmelt, zertrümmert, das Parlament ausgeschaltet, die Artikel-48-Diktatur des Reichspräsidenten als Haupt der Militärpartei durchgeführt werden. Hatte die Sozialdemokratie also zuerst die wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen preisgegeben, um ihre demokratischen Rechte zu retten, so war der zweite Schritt die Preisgabe der demokratischen Rechte, um die wirtschaftlichen Angriffsziele des Kapitals durchführen zu können. Der Abbau des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie aber durch die Brüning-Regierung im Bunde mit der Sozialdemokratie, verbunden mit der Preisgabe der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums konnte kein anderes Ergebnis haben, als dem Faschismus den Weg zu bahnen: Der Faschismus ist die Vollendung der Verselbständigung der Exekutivgewalt, die vollständige Ver-

nichtung der bürgerlichen Demokratie. Indem die Sozialdemokratie die Macht des Reichspräsidenten ungemessen erhöhen half, indem sie die Militärgewalt allmächtig machte, indem sie die parlamentarische Demokratie in die Militärdiktatur verwandelte, schuf sie alle formalen Voraussetzungen, deren der Faschismus bedarf, um seine Diktatur zu errichten. Indem sie die politischen Rechte und die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums dem Angriff der Monopolkapitals preisgab, gab sie gerade das preis, was ihr Wesen ausmachte: die kleinbürgerliche Demokratie und den kleinbürgerlichen Sozialismus. Sie vernichtete so ihre eigene Existenzgrundlage als Partei, trieb das Kleinbürgertum, dem sie weder politisch noch wirtschaftlich mehr etwas zu geben hatte, dem Faschismus zu. Indem sie den Abwehrkampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalangriff unterband, ermutigte sie das Kapital dazu, den Angriff immer weiter zu tragen. So bereitete sie den Boden für den Einbruch des Faschismus auch in die Arbeiterklasse selbst. Mochte noch ein generationlang mit der Sozialdemokratie verbundener Teil der Arbeiterklasse, vor allem die Arbeiteraristokratie, aus Tradition bei der sozialdemokratischen Parteifahne festhalten, obwohl von dieser Fahne nichts mehr übrig blieb als zerrissene Fetzen, was sollte die jüngere, nicht traditionsgebundene Generation, was sollte die außerhalb des engen Parteibezirks stehenden Arbeiter anziehen oder festhalten an einer Sozialdemokratie, die weder die Demokratie noch auch nur kleinbürgerlichen Sozialismus verteidigte, ja, die nicht einmal kämpfte, um die Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die Werk tätigen zu lindern?

Die Wirkung der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik geht aber noch tiefer. Sie untergräbt am Ende die eigentliche Kerntruppe der Sozialdemokratie, die Arbeiteraristokratie, die in staatlichen, kommunalen, sozialpolitischen usw. Posten untergebrachte sozialdemokratische Hierarchie. Je mehr die sozialdemokratische Politik den Faschismus stärkt, um so mehr werden diese Posten bedroht. Um sich halten zu können, passen sich ihre Inhaber mehr und mehr der faschistischen Strömung an. Von der sozialdemokratischen Bekenntnerschaft geht es zum Schein der Neutralität und von der scheinbaren Neutralität zum Ueberlaufen. Der Druck des Faschismus auf die Sozialdemokratie von außen setzt sich im Innern um in die Zersetzung an den Spitzen und das Abbröckeln unten.

In dem Maße aber, wie die Sozialdemokratie durch ihre eigene Politik sich als politischer Machtfaktor und als organisatorische Kraft zugrunde richtet, entwertet sie ihre Bundesgenossenschaft für ihre bürgerlichen Verbündeten. Treibt sie insbesondere die Militärpartei dem Faschismus in die Arme. Eine reine Militärdiktatur ist in Deutschland auf längere Zeit nicht möglich. Sie bedarf politischer Massenorganisationen als Stützen. Je stärker die konterrevolutionären, faschistischen Massenorganisationen und ihr Anhang werden, um so näher rückt die Verschmelzung zwischen Militärpartei und faschistischer Partei — die Herstellung der entscheidenden Voraussetzungen für den faschistischen Staatsstreich, für die offene und vollendete faschistische Diktatur.

Die Tolerierungspolitik ist Koalitionspolitik im Abstieg: Das Mittragen der Verantwortung ohne unmittelbare Teilnahme an der Regierung, Verantwortung ohne Macht. Sie dient letzten Endes nur noch der Verteidigung der sozialdemokratischen Verwaltungsposten. Aber sie untergräbt schließlich auch noch die Grundlagen der Verwaltungsposten, indem sie die sozialdemokratische Partei untergräbt und schließlich vernichtet.

Auf dem Zuge dieses Zerfalls kommt die Sozialdemokratie gleichzeitig auch vom kleinbürgerlichen Pazifismus zum offenen nationalen Chauvinismus. Aber sie arbeitet damit nur dem offenen und konsequenten Nationalismus, dem Faschismus in die Hände.

Rekapitulieren wir:

1. Die Koalitionsregierung Hermann-Müller-Hilferding leitet den Kapitalangriff, den Abbau des Parlamentarismus und der demokratischen Rechte und die Erhöhung der Macht des Reichspräsidenten ein.

2. Der Druck des Kapitals von oben, ihrer eigenen Anhänger von unten drängt sie aus der Regierung. Die Koalitionspolitik wird durch die Tolerierungspolitik ersetzt.

3. Zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie wird ein Bündnis mit dem „gemäßigten“ Teil der Bourgeoisie eingegangen, wobei der Sozialdemokratie bereits die Hebel der Regierungsmacht im Reiche aus der Hand geschlagen werden. Um dieses Bündnisses willen gibt die Sozialdemokratie die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums dem Angriff des Monopolkapitals preis.

4. Um den Kapitalsangriff führen zu können, müssen auch die politischen Rechte der Arbeiter und Kleinbürger preisgegeben werden.

5. Hand in Hand damit wächst der Masseneinfluß des Faschismus, wachsen seine Massenorganisationen und zerbröckeln die Sozialdemokratische Partei und ihre Organisationen.

6. Die Militärdiktatur, die mit Hilfe der Sozialdemokratie ausgewachsen ist, mißhandelt immer ungenierter den immer mehr sich schwächenden sozialdemokratischen Verbündeten, demütigt ihn auf Schritt und Tritt, sprengt schließlich das Bündnis, verschmilzt mit den konterrevolutionären Massenorganisationen des Faschismus und zertrümmert mit ihnen zusammen die reformistischen Organisationen.

Diese ganze Entwicklung, deren größerer Teil bereits zurückgelegt ist, ist bereits in ihrem Ausgangspunkt angelegt, durch ihn bedingt und war aus ihm abzuleiten. So überraschend die Konsequenzen für die reformistischen Illusionäre, deren Absichten eine nach der anderen durch die Dialektik ihres eigenen Handelns in ihr Gegenteil verkehrt wurden, so zwingend ergaben sie sich aus der Voraussetzung, dem Festhalten an dem Bündnis mit der Bourgeoisie in der Epoche des Abbaues der sozialen und demokratischen Errungenschaften.

Der Reformismus, der die Reformen nicht verteidigt, ja sie aufheben hilft, hebt sich selber auf.

Um die Reformen in der Zeit der tiefsten Erschütterung des Kapitalismus zu verteidigen, muß man über den Kampf um Reformen hinaus und zum revolutionären Angriff übergehen. Man muß sich unmittelbar den Sturz des Kapitalismus zum Ziele setzen. Nur eine bis zu Ende revolutionäre Partei der Arbeiterklasse kann dies tun. Eine reformistische Partei kann dies nicht, eben weil sie reformistisch ist. Unfähig, den notwendigen Schritt vorwärts über den Kampf um Reformen hinaus zu tun, ist sie genötigt, einen Schritt rückwärts zu tun und auch den Kampf um Reformen aufzugeben. An der ihm durch die wirtschaftlichen Bedingungen und seine Natur gezogenen Grenze angelangt, muß der Reformismus, um sich zu erhalten, sich als Reformismus aufheben. Die reformistische Partei wird zwischen den Mühlsteinen dieses Widerspruchs zermalmt. Das Werk der Vernichtung wird vollzogen durch andere Parteien.

## 2. Die ultralinke Taktik der KPD.

Der Reformismus, als Politik und als Organisation, kann aber nach zwei entgegengesetzten Richtungen aufgehoben werden, in der Richtung der proletarischen Revolution und in der der faschistischen Konterrevolution, nach vorwärts oder nach rückwärts.

Daß der Reformismus überhaupt sich aufhebt, das ist seine eigene Tat und Schuld, sein verdientes Schicksal.

Daß er aber in der gegebenen Lage nach rückwärts, konterrevolutionär aufgehoben wird, das ist die Tat und Schuld des ultralinken Kurses der Führung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Was war der Ausgangspunkt des ultralinken Kurses, worin bestand er, was war sein Verlauf und seine Folgen?

Der Ausgangspunkt der Wendung zum ultralinken Kurs hatte nichts zu tun mit der Lage und den Erfordernissen des Klassenkampfes in Deutschland oder in anderen kapitalistischen Ländern, sondern lediglich mit den vermeintlichen Bedürfnissen des Fraktionskampfes in der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union, die zugleich die Führung in der Kommunistischen Internationale inne hat.

Nach dem Tode Lenins (1924) setzte der Kampf um die Führung in der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union ein, der zunächst von der Gruppe Stalin-Sinowjew-Bucharin gegen Trotzky und seinen Anhang geführt wurde. Darauf spalteten sich Sinowjew und Kamenjew von der Mehrheitsgruppe ab und bildeten einen Block mit Trotzky. Im Frühjahr 1928 gab es in der Mehrheit eine neue Differenzierung. Der Kampf der engeren Gruppe Stalins gegen die „Rechten“, Rykow-Tomski-Bucharin bereitete sich vor.

Um internationale Hilfstruppen für diesen Kampf zu gewinnen, schloß die Stalin-Gruppe im Februar 1928 ein Geheimabkommen mit der Führung der KPD. (Thälmann-Neumann-Remmele), das den Kampf gegen „Rechte“ und „Versöhnler“ auf die Tagesordnung setzte und zum Ausgangspunkt der ultralinken Wendung zunächst in der KPD, sodann in der gesamten Kommunistischen Internationale wurde. Das Abkommen hatte keinerlei allgemein politischen Inhalt, es war zunächst reines Instrument des Fraktionskampfes.

Aber die Logik des innerparteilichen Kampfes führte Schritt für Schritt zum Rückfall in die ultralinke Taktik.

Die grundlegende Wendung nach ultralinken geschah zuerst in der Gewerkschaftsfrage auf dem 4. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale. Worin bestand sie? Die Hauptlösung kommunistischer Gewerkschaftsarbeit, die bereits der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale festlegte, und die von Lenin in seiner Schrift über den Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus, eingehend und nachdrücklich begründet wurde, bestand in der Forderung an die Kommunisten, unbedingt in den bestehenden Gewerkschaften, seien sie noch so reaktionär, zu arbeiten, um sie für den Kommunismus zu erobern, d. h. die Mitglieder der Gewerkschaften für die Grundsätze und Ziele des Kommunismus zu gewinnen, indem sich die Kommunisten eben vermöge ihres grundsätzlichen Standpunktes als die besten, entschlossensten, erfolgreichsten Führer im gewerkschaftlichen Kampf erweisen. Gestützt auf die eroberten Sympathien, das Vertrauen und die Ueberzeugung der Mitglieder, galt es, Schritt für Schritt die unteren und mittleren Funktionärkörper in den Gewerkschaften durch Kommunisten zu besetzen, um schließlich, im Laufe des Kampfes um die Macht, in der akuten revolutionären Krise, die reformistischen Gewerkschaftsführer aus dem zentralen Gewerkschaftsapparat zu verdrängen und die Zentralleitungen der Gewerkschaften durch Kommunisten zu besetzen. Das Kampfinstrument zur Beeinflussung der Gewerkschaftskämpfe im kommunistischem Sinne und zur Eroberung der Gewerkschaften für den Kommunismus sollten die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen sein — die organisatorische Zusammenfassung aller in den Gewerkschaften arbeitenden Kommunisten. Diese Methode des kommunistischen Gewerkschaftskampfes schloß in sich die entschiedene und vollständige Ablehnung der von Lenin als „doktrinär“ bezeichnete Linie auf Spaltung der Gewerkschaften mit dem Ziel, neue „revolutionäre“ Gewerkschaften zu gründen, die von vornherein unter kommunistischer Führung stehen, aber kampfunfähig bleiben und die Kommunisten von den breiten Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter isolieren müßten. Die Linie der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit war nicht ohne Schwankungen und mit schweren Opfern errungen worden. Die Erfahrung erwies ihre Fruchtbarkeit und Richtigkeit.

Sie wurde jetzt zuerst preisgegeben. Man ging von der Vorstellung aus, es sei ja bis dahin doch nicht gelungen, in irgend einem großen kapitali-

stischen Lande die Gewerkschaften für die kommunistische Führung zu erobern. Man vergaß, daß dieses Endergebnis nur im Laufe des unmittelbaren Mechtkampfes zu erreichen ist. Warum nicht einen Versuch mit der entgegengesetzten Methode machen? Die Einleitung dazu lieferte der 4. R.G.L.-Kongreß im Frühjahr 1928. Der Kurs auf Spaltung der Gewerkschaften und auf die Gründung „eigener“ Gewerkschaften wurde nicht offen ausgegeben. Aber die Voraussetzungen wurden geschaffen, die zwangsläufig zu diesem Ergebnis führen mußten. Die Kommunisten in den Gewerkschaften sollten versuchen, eigene Organe (Kampfleitungen usw.) zur selbständigen Leitung der Gewerkschaftskämpfe zu schaffen, die versuchen sollten, die Gewerkschaftsmitglieder organisatorisch außerhalb der Organe der Gewerkschaften gegen sie zusammenzufassen. Die kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen innerhalb der Gewerkschaften sollten sich direkt unorganisierte angliedern.

Die Konsequenz der Spaltung der Gewerkschaften und der Bildung „revolutionärer Verbände“ wurde zunächst entrüstet bestritten. Aber es mußte die Wirkung des eingeschlagenen Kurses sein und es war die Wirkung. Die Kommunisten verloren einen Stützpunkt in den Gewerkschaften nach dem andern, sie wurden aus den Gewerkschaften herausgedrängt. Andererseits erwies es sich aber als unmöglich, kampffähige, wirkliche Massen umfassende Parallel- oder Gegengewerkschaften zu schaffen.

So verlor die Kommunistische Partei allen Einfluß, alle Hebel in der wichtigsten proletarischen Massenorganisation, ohne neue wirksamere oder überhaupt wirksame Hebel dafür in die Hand zu bekommen. Sie verlor damit den entscheidenden Hebel für die Führung des wirtschaftlichen Kampfes. Sie verlor somit den unentbehrlichen Ansatzpunkt für den politischen Massenkampf. Sie überließ den Reformisten die Führung der Gewerkschaften.

Den einfachen und durchschlagenden Grund, warum die Methoden der „Anfack der Gewerkschaften von außen“ scheitern muß, wußte Stalin im Jahre 1925 gut anzugeben, wo er sagte:

„Diese Leute wollen die Gewerkschaften von außen her „anfackieren“, indem sie sie als feindliches Lager betrachten. Sie begreifen nicht, daß bei einer solchen Politik, die Arbeiter sie naturgemäß als Feinde betrachten werden . . . Sie begreifen nicht, daß eine solche Politik dem Eindringen der Kommunisten in die Millionenmassen der Arbeiter Abbruch tut, statt es zu erleichtern.“

In Jahre 1929 aber erklärte Stalin:

„Vollkommen denkbar wäre daher eine Situation, in der es notwendig werden kann, parallele Massenorganisationen der Arbeiter zu schaffen entgegen dem Willen der sich an die Kapitalisten verkaufenden Bonzen . . . Es ist durchaus möglich, daß auch in Deutschland die Entwicklung in dieser Richtung verlaufen wird.“

Zu „Parallelorganisationen“ im wirklichen Sinne des Wortes, d. h. zu einigermaßen den freien Gewerkschaften an Umfang ebenbürtigen Gewerkschaftsorganisationen, hat es nun keineswegs gereicht. Es reichte nur zu einigen unbedeutenden Splitterorganisationen. Aber bereits der Versuch dazu hatte die vorausgesehenen unheilvollen Folgen.

Ein zweites Hauptstück des ultralinken Kurses war die Aufgabe der Taktik der Einheitsfront, d. h. der Versuche, mit den reformistischen Organisationen gemeinsame Tageskämpfe auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu führen. Das Wort Einheitsfront wurde beibehalten, die Sache selbst wurde aufgegeben. Damit gab die Partei das entscheidende taktische Mittel aus der Hand, 1. um zusammen mit reformistisch organisierten Arbeitern wirkliche Massenkämpfe zu führen, 2. um diese Arbeiter auf Grund der eigenen

Kampferfahrungen vom Reformismus loszulösen. Geraume Zeit wurde von den offiziellen Parteiinstanzen selbst die Aufstellung von Tageslosungen und die Organisation des Kampfes für sie als „Opportunismus“ verpönt. Zur „Begründung“ sowohl der ultralinken Gewerkschaftspolitik wie der Aufgabe der Taktik der Einheitsfront wurde die Theorie vom „Sozialfaschismus“ erfunden, die „Theorie“ nämlich, daß die Sozialdemokratie ein Bestandteil des Faschismus sei — sein „linker Flügel“. Es blieb nicht nur bei dieser „Theorie“, sie wurde Leitfaden der Massenagitatio und der Massenpropaganda. Sie verschärfte die verheerenden Folgen der falschen Gewerkschaftspolitik und der Aufgabe der Taktik der Einheitsfront. Die reformistischen Arbeiter, die als eine besondere Art von Faschisten angesprochen wurden oder deren Führer als eine besondere Art von Faschisten bezeichnet wurden, verschlossen der kommunistischen Einwirkung des Ohr. Für die kommunistischen Parteiinstanzen, aber auch für viele (unerfahrene) Parteimitglieder war dies gerade der Beweis dafür, daß die taktische Linie der Partei richtig sei.

Der Unterschied zwischen der reformistischen und der faschistischen Methode bürgerlicher Politik mag zu denen gehören, die Lenin als vom nur theoretischen Standpunkt „unwesentlich“ bezeichnet (wenn man als theoretisch wesentlich nur den kapitalistischen Klasseninhalt bezeichnet), aber er gehört zu den Unterschieden, deren Verkennung oder Vernachlässigung praktisch und faktisch für die Organisation des revolutionären Massenkampfes die katastrophalsten Folgen hat.

Das dritte Hauptstück des ultralinken Kurses war die Verkennung des wirklichen Faschismus und die Zugeständnisse an den kleinbürgerlichen Nationalismus, das Kernstück der faschistischen Ideologie. Die Grenzen zwischen Kommunismus und Faschismus wurden verwischt.

Die innerparteilichen Folgen des ultralinken Kurses waren eine neue Spaltung der kommunistischen Bewegung, die Abspaltung der kommunistischen Opposition, die der Partei ihre erfahrendsten und festesten Kampfkader nahm, die Erdrosselung der innerparteilichen Demokratie und damit eines wirklichen geistigen Lebens in der Partei, die Uebermacht einer sich jeder Kontrolle durch die Mitglieder entziehenden Parteibükratie.

Die Wendung zum ultralinken Kurs der KPD, und der kommunistischen Internationale wurde im Februar 1928 eingeleitet, und im Laufe dieses und des nächsten Jahres in allen ihren wichtigen Bestandteilen durchgeführt.

1929 begann die Regierung Hermann Müller-Hilferding. Die Wirtschaftskrise in Deutschland setzte ein, um gegen Ende 1929 in die von Amerika aus sich ausbreitende Weltwirtschaftskrise einzumünden. Es begann der Kapitalangriff auf die Arbeiterklasse und der Angriff auf die politischen Rechte der Werkfätigen.

Die Liquidation des Reformismus war auf die Tagesordnung gesetzt. Es war objektiv, ebenso möglich, daß der Reformismus nach vorwärts durch den Kommunismus, als daß er nach rückwärts durch den Faschismus liquidiert wurde.

Entscheidend dafür war, ob die Kommunistische Partei imstande war, die Führung der vom Reformismus dem Kapitalangriff und dem Angriff auf ihre politischen Rechte preisgegebenen Arbeiter und Kleinbürger zu übernehmen, diese Masse in die Aktion, in die Massenabwehr und aus der Abwehr zum Gegenangriff zu führen.

Die 1928 einsetzende ultralinke Taktik machte dies unmöglich. Der Bankrott des Reformismus schlug zuunsten des Faschismus aus. Die Waagschale senkte sich nach rechts. Noch im Mai 1928 ging die Massenströmung nach links. Ein Jahr später signalisierten die sächsischen Landtagswahlen ihre Umkehr, die Grundtendenz nach rechts.

Die Politik Hermann Müller-Hilferding plus ultralinken Kurs der KPD, ergab exakt die Umkehr.

Das sind die entscheidenden Ursachen.

Aus dieser Erkenntnis ergeben sich aber auch die zwingenden Schlußfolgerungen dafür, wie eine Umkehr dieser Umkehr, wie die Wiederherstellung der Massenströmung nach links, die Niederringung des Faschismus, der wirkliche revolutionäre Aufschwung zu erreichen ist.

### III. Der Ausweg.

**A. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen vollständig mit der Bourgeoisie brechen und mit den kommunistischen Arbeitern ein Bündnis zur Niederkämpfung des Faschismus schließen.**

**1. Der erste Schritt muß das Bündnis der sozialdemokratischen mit den kommunistischen Arbeitern zum außerparlamentarischen Massenkampf sein.**

Der Sturz der Brüning-Regierung und das Ergebnis der preußischen Landtagswahlen haben der sozialdemokratischen Koalitions- und Tolerierungspolitik in ihrer bisherigen Form den Boden unter den Füßen weggezogen. Sie ist aber sofort in neuer Form wieder erstanden: In der Form der gemeinsamen parlamentarischen Opposition der Sozialdemokratie mit ihren bisherigen Verbündeten, dem Zentrum und der Staatspartei. Wie in der Regierung, so haben auch in der Opposition die Parteien des Zentrums und die Staatspartei die Führung. Sie bestimmen die Taktik, die Kampfmittel, die Grenzen des „Kampfes“.

Das Bündnis mit bürgerlichen Parteien in der Opposition ist für die Arbeiterklasse gleich verhängnisvoll, wie es das Bündnis in der Regierung war.

Warum das? Weil der sogenannte „gemäßigte“ Flügel der Bourgeoisie auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet im wesentlichen dasselbe Programm vertritt wie der sogenannte „radikale“, d. h. offen faschistische und konterrevolutionäre: Das Programm der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse als kapitalistischer Ausweg aus der Krise. Die Arbeiterklasse kann aber ihre politischen Rechte nicht verteidigen, ohne gleichzeitig ihre wirtschaftliche Existenz gegen den Angriff des Kapitals zu verteidigen. Das Bündnis mit dem „gemäßigten“ Flügel der Bourgeoisie ist nur zu haben und aufrecht zu erhalten, indem die Arbeiterklasse ihre wirtschaftlichen Interessen preisgibt, indem sie auf die Abwehr des Kapitalsangriffs verzichtet. Aber nur die Verbindung der Verteidigung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse kann ihrem Kampf die nötige Schwungkraft verleihen, kann die gesamte Masse der Werktätigen in diesen Kampf hineinziehen und der faschistischen Demagogie die Wirkung auf Teile der Arbeiterklasse und auf das Kleinbürgertum entziehen.

Es ist nicht zufällig, sondern „gesetzmäßig“, daß die Sozialdemokratie im Schlepplau des Zentrums und der Staatspartei auch in der „Opposition“ sich auf die „parlamentarische“ Opposition, auf die Stimmzettel-Aktion und allenfalls noch auf die Regierungsmanöver Seite an Seite mit dem reaktionären Partikularismus der süddeutschen Kleinstaaten beschränkt. Sie fürchten oder hassen die selbständige außerparlamentarische Massenaktion der Arbeiter, denn hier weiß man wohl den Anfang, aber nicht den Fortgang und das Ende. Die außerparlamentarische Massenaktion der Arbeiter ist für sie mit dem Ludergeruch der proletarischen Revolution behaftet.

Nach der Ermordung Matteottis im mussolinischen Italien schlossen sich die liberalen und demokratisch-republikanischen Parteien mit der italienischen Sozialdemokratie zur „Aventin“-Opposition zusammen. Obwohl das faschisti-



sche Regiment in seinen Grundvesten wankte, obwohl die proletarischen und kleinbürgerlichen Massen nur auf die Losung zum Kampfe warteten, so wurde diese „Opposition“ völlig und schmachlich geschlagen: denn sie wagte nicht den Massen die Losung zum außerparlamentarischen Kampfe zu geben. Sie fürchtete oder haßte die revolutionäre Aktion der Massen mehr als den Faschismus.

Die „parlamentarische Opposition“ ist der Verzicht auf den wirklichen Kampf. Die Regierung Papen-Schleicher, die ausschließlich (und nicht nur vorwiegend, wie die Brüning-Regierung) eine außerparlamentarische Grundlage hat, wird durch nur-parlamentarische Opposition gar nicht getroffen und ebensowenig der hinter ihr stehende Faschismus. Es ist ein Wahn, als ob der Faschismus durch parlamentarische Abstimmungsmanöver auch nur „entlarvt“ werden könne. Entlarven kann ihn nur der wirkliche Kampf der Massen außerhalb des Parlaments, nur wirkliche Tat.

Die außerparlamentarischen Stützen der Regierung Papen-Schleicher sind Reichswehr und faschistische Organisationen. Sie mit dem Stimmzettel schlagen zu wollen, ist der Gipfel des parlamentarischen Kretinismus.

Die außerparlamentarische Massenaktion der Arbeiterklasse ist also nicht möglich im Bündnis mit bürgerlichen Parteien. Sie ist nur möglich unter vollständigem Bruch mit ihnen durch das Kampfbündnis aller proletarischen Organisationen.

Heißt das auf die Ausnützung der Gegensätze im bürgerlichen Lager verzichten? Gerade umgekehrt. Nur indem die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Regierung der junkerlich-militaristisch-großkapitalistischen Reaktion, gegen den Faschismus, und gegen den Kapitalsangriff als außerparlamentarischen Kampf aufnimmt, und rücksichtslos ihre Massenkraft entfaltet, ergreift sie das einzige Mittel, um die Gegensätze im bürgerlichen Lager im proletarischen Interesse auszunützen und zu verschärfen.

Im Zentrum ringen, mehr oder weniger verhüllt, ein rechter Flügel, umfassend den katholischen Großgrundbesitzer-Adel und das katholische Großkapital, geführt von den Spitzen der katholischen Hierarchie — und ein linker Flügel, umfassend die christlichen Arbeiter, Kleinbauern und den unteren Klerus, geführt von den christlichen Gewerkschaften. Der außerparlamentarische Kampf der Arbeiterklasse wird die Aufrüttelung, die Linksschwenkung, die Rebellion der Arbeiter, der Kleinbauern, der ländlichen Halbproletarier im Zentrum und schließlich gegen das Zentrum bedeuten.

Das Kleinbürgertum, die unteren und mittleren Beamten, die Intelligenz, die heute dem Faschismus zuschwenken, werden zur Arbeiterklasse schwenken in dem Augenblick, in dem sie als geschlossene Macht auftritt und dem Kapital als die Verfechterin der Interessen aller Klassen der Werktätigen entgegen tritt.

Die Groß-Bourgeoisie wird aber allemal dann „demokratisch“, wenn ihr die Arbeiterklasse das Knie auf die Brust setzt. Floß nicht die gesamte Bourgeoisie über von „Demokratie“ im November 1918? Je „rücksichtsvoller“ die Arbeiterklasse gegenüber den kapitalistischen Profit-Interessen auftritt, desto williger folgt die Bourgeoisie dem faschistischen Druck. Und je stärker die Arbeiter auf die Kapitalisten drücken, um so größer die wirtschaftlichen Zugeständnisse, die sie machen, um die kapitalistische „Ordnung“ als solche zu retten.

Die Spitzen der Bourgeoisie begrüßten im März 1920 jubelnd die Kapp-Dutschisten. Der Massenstreik, die rote Armee im Ruhrgebiet, die neu aus dem Boden schießenden Arbeiterräte pakteten ihr „demokratisch-republikanische Vernunft“ ein. Sogar den Reichswehr-Generalen, die sich nicht dazu aufzuschwingen vermochten, gegen die „Kameraden“ im kapitalistischen Lager schießen zu lassen.

Und wie war es 1923? Arbeiteten damals nicht die Generale mit der schwarzen Reichswehr und den faschistischen Verbänden insgeheim zusammen? Die Schläge der Arbeiterschaft zerbrachen das Bündnis der Generale mit der schwarzen Reichswehr, der Bourgeoisie mit den faschistischen Verbänden.

Freilich, damals wurde nur halbe Arbeit gemacht. Unter den Schlägen der Arbeiterklasse zog sich die Bourgeoisie wieder auf den Boden der bürgerlichen-demokratischen Republik zurück, um auf diesem Boden aufs neue, umfassender und gründlicher, die Kräfte zum konterrevolutionären Gegenschlag zu sammeln. Es gilt jetzt, die Bourgeoisie nicht nur auf das Rückzugsgebiet der bürgerlichen Demokratie zurückzuschlagen, auf dem sie jederzeit ihre Kräfte wieder neu gruppieren kann und wird, sondern sie auch aus diesem Rückzugsgebiet hinauszuerwerfen, sie nicht nur zurückzuschlagen, sondern zu zerschlagen.

Dies vollbringt die proletarische Diktatur und nur sie, indem sie mit der Waffe des Terrors und des Bürgerkrieges die offenen politischen und militärischen Organisationen der Bourgeoisie zerschlägt, ihre geheimen Organisationen aufdeckt und vernichtet, kurz, alle ihre politischen Kampfmittel gegen die Arbeiterklasse unterdrückt und ihr aus der Hand schlägt, bis schließlich der Aufbau des Sozialismus ihr auch die letzten wirtschaftlichen Kampfmittel entwindet und die Bourgeoisie als Klasse aufhebt.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen als ersten Schritt des wirklichen Kampfes gegen den Faschismus und den Kapitalsangriff vollständig mit den bürgerlichen Klassen und Parteien brechen, d. h. auch mit dem Bündnis mit den Brüning-Parteien in der parlamentarischen Opposition. Sie müssen sich statt dessen mit den kommunistischen Arbeitern zum kühnen und rücksichtslosen außerparlamentarischen Massenkampf verbünden, der allein den Gegner zurückschlagen und schlagen kann. Ein solches Kampfbündnis ist der erste, wenn auch gewiß nicht der letzte Schritt; es muß mit allen Mitteln daran gegangen werden, es zu verwirklichen, als Kampfbündnis oder Kampfkartell der proletarischen Organisationen, als direktes Bündnis reformistischer mit kommunistischen und parteilosen Arbeitern in breiten, überparteilichen Kampforganisationen, schließlich in der allerbreitesten und entwickeltsten Form in Gestalt der Arbeiterräte. Die organisatorischen Formen solcher Kampfbündnisse sind heute schon mannigfaltig und die Aktion selbst wird neue Formen entwickeln, sobald einmal das Bündnis für den Massenkampf geschlossen und der Kampf in Fluß geraten ist. Das Entscheidende ist, daß begonnen wird!

## 2. Die Gewerkschaften müssen zum politischen Machtkampf eingesetzt werden.

Kein proletarischer Massenkampf ohne Einsatz der proletarischen Massenorganisationen. Die wichtigsten dabei sind die Gewerkschaften. Die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten haben nicht nur auf den Widerstand gegen den Kapitalsangriff verzichtet, sie haben diese Organisation in den Dienst der Brüningregierung gestellt und zuletzt für Hindenburg mobilisiert. Hört man sie, so ist es eine Art Naturgesetz, daß die Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise kampfunfähig sind. Freilich, der „normale“ gewerkschaftliche Einzelkampf ist in der Krise durch den Druck der Arbeitslosen eng begrenzt, wenn auch bei weitem nicht so eng, wie die Gewerkschaftsbürokratie das hinstellt. Der gewerkschaftliche Einzelkampf ist möglich und notwendig als kämpfende Verteidigung gegen die Einzelangriffe und die Uebergriffe der Unternehmer, die beim Fehlen eines Widerstandes weit über das hinaus vorstoßen, wozu sie sonst fähig wären, indem sie die Arbeitskraft sich zu Schleuderpreisen aneignen.

Aber die Grenzen des gewerkschaftlichen Einzelkampfes sind nicht die Grenzen des gewerkschaftlichen Kampfes überhaupt. Jenseits dieser Grenzen eröffnet sich das gewaltigste Kampffeld: das des

politischen Kampfes. Die Krise ermöglicht und gebietet den Einsatz der Gewerkschaften im politischen Machtkampf gegen das Kapital und seine Staatsmacht. Erst dann werden sich die Gewerkschaften zu ihrer vollen Kraft erheben. Und nur so können sie allein ihre Existenz als Organisation retten.

Diesem Einsatz stemmen sich die Gewerkschaftsspitzen entgegen. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen ihn erzwingen, indem sie die Führer, die sich ihm entgegenstellen, unter Druck setzen; wenn sie dem Willen der Mitglieder nicht nachgeben, sie beseitigen und aus ihrer Mitte sich revolutionäre Führungen schaffen.

Indem die Gewerkschaftsmitglieder die Gewerkschaften auf den Boden des Klassenkampfes zurückführen, indem sie ihren tatsächlichen Einsatz im politischen Massen- und Machtkampf erzwingen, schaffen sie zugleich die Voraussetzungen, um die Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung wiederherzustellen, um die revolutionäre Liquidierung der RGO.-Politik ihrerseits zu erleichtern. Die Wurzel der RGO.-Politik der KPD. ist der Verzicht der Gewerkschaften auf den Kampf, die reformistische Lähmung, der Gewerkschaften. Brecht diese Lähmung, und der RGO.-Politik, die eine Verwirrung revolutionärer Arbeiter ist, ist der Boden entzogen und auch die Voraussetzung geschaffen, damit die Gewerkschaften als Ganzes wieder kampffähig gemacht werden. Alle Kritik gegen die RGO., die nicht begleitet ist vom Kampf gegen die reformistische Lähmung der Gewerkschaften, ist wert- und wirkungslos.

Die RGO. und die „Roten Verbände“ sind zahlenmäßig nicht stark. Aber nicht das ist entscheidend. Auch eine Minderheit, die die Einheit der Gewerkschaften stört, kann große Hemmungen verursachen. Aber es sind vorwiegend aktive, kampfgewillte, revolutionäre Elemente, die in der RGO. und in den „Roten Verbänden“ ihre Kraft dem allgemeinen und wirklichen Kampf entziehen und deren Gewinnung für den gemeinsamen Kampf in den Gewerkschaften, die Gewinnung wertvoller und starker Kräfte zur Wiederherstellung der Kampfkraft der Gewerkschaften bedeuten würde.

Der Einsatz der Gewerkschaften für den politischen Massen- und Machtkampf gegen die gesamte Bourgeoisie ist der einzig mögliche nächste Schritt, der die Gewerkschaften aus der Sackgasse herausführt, in der sie heute sind. Der politische Einsatz der Gewerkschaften ist der Hammerschlag, der dem gewerkschaftlichen Einzelkampf erst wieder eine Bresche schlagen kann.

Er wird den Gewerkschaften nicht nur erst wieder die Bahn für den Lohnkampf freimachen, sondern darüber hinaus in jedem Betrieb das Ringen mit dem Unternehmer um die Leitung des Betriebes eröffnen, um die Weiterführung stillgelegter Betriebe durch Arbeiter und Angestellte, um diesen ersten praktischen Schritt des sozialistischen Auswegs aus der Wirtschaftskrise.

Es gibt keinen kapitalistischen Ausweg aus der Krise, der nicht auf Kosten der Arbeiter geht und der zudem nicht nur eine kurze Atempause bis zur nächsten Wirtschaftskatastrophe wäre — alle „Arbeitsbeschaffungs“-Pläne, die an der kapitalistischen Grundlage festhalten, sind nur Palliative und müssen es sein.

Der Kampf um die Leitung der Betriebe durch Arbeiter und Angestellte, um die Umstellung der Produktion vom Geleise der kapitalistischen Profitwirtschaft auf das Geleise der sozialistischen Befriedigung des Massenbedarfs, dieser Kampf allein eröffnet dem Proletariat einen Ausweg aus der Krise, der nicht illusorisch, der kein Betrug ist und der den Aufstieg der Arbeiterklasse aus unerhörter, dauernder nur zeitweilig auf- und abschwenkender Not, Unsicherheit, Demoralisation, Barbarei einleitet. Der Kampf der Gewerkschaften muß über die Abwehr des Kapitalangriffs hinaus auf dieses nächste Ziel, auf die Arbeiterkontrolle der Produktion gerichtet werden.

Dieses Ziel muß heute propagiert werden.

Um es zu verwirklichen gibt es aber nur einen Weg, den Einsatz der Gewerkschaften in den politischen Machtkampf gegen die ganze kapitalistische Klassenfront, gegen den „gemäßigten“ wie den „radikalen“ Flügel der Bourgeoisie.

### 3. Nicht „Eiserne Front“, sondern proletarische Klassenfront!

Manche sozialdemokratischen Arbeiter hofften auf die „eiserne Front“ als wirksames Kampfinstrument gegen den Faschismus, in dem sie allein auf die Zusammenfassung breiter proletarischer Organisationen sahen, die durch die „Eiserne Front“ bewerkstelligt ist. Aber die organisatorische Zusammenfassung allein tut es nicht. Es kommt darauf an, wozu und mit wem diese Zusammenfassung geschieht. Die „Eiserne Front“ ist aber an die bürgerlich-demokratischen Parteien, an die bürgerlichen Machtorgane, an den bürgerlichen Staat gebunden. So aber ist sie kampfunfähig. Sie ist ein Keil mit eisernem Rücken und bleierner Spitze. Sie hat den weiteren Vormarsch des Faschismus nicht hindern können und wird ihn auch nicht hindern können. Sie wird im Entscheidungskampf gegen den Faschismus zusammenbrechen. Die „Eiserne Front“ muß im Entscheidungskampf gegen den Faschismus versagen, weil sie, gebunden an bürgerliche Parteien, nicht den läglichen Kampf zur Verteidigung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse führt. Aber nur die eine Organisation, die das tut, kann das Vertrauen der proletarischen Klasse und des verletzten Kleinbürgertums gewinnen. Die Fähigkeit, den Entscheidungskampf gegen den Faschismus siegreich zu schlagen, wird nicht aus der Pistole geschossen. Sie kann sich nur ergeben aus der Kraft, die durch die dauernde Führung des proletarischen Kampfes gegen alle Arten des kapitalistischen Angriffs geführt wird. Weiter: im Augenblick des Entscheidungskampfes wird die reformistische Führung zum Gegner überlaufen oder weglaufen, so wie sie am 4. August 1914 gelaufen ist. Eine zentrale revolutionäre Kampfführung kann aber nicht erst im Moment des Entscheidungskampfes improvisiert werden. Sie muß vorher geschaffen sein, sonst stehen noch so kampfwillige Arbeitermassen führerlos, zersplittert, desorganisiert einem straff zentralisierten einheitlich geleiteten Gegner gegenüber und werden, bei noch so tapferer Gegenwehr, die auch dann die revolutionäre Ehre und das Zukunftsinteresse der Arbeiterklasse erfordert, geschlagen, so wie 1918/19 und 1921 die zentralisierte Konterrevolution die Arbeiterzentren einzeln niederschlug.

An der Stelle der „Eisernen Front“ mit der bleiernen bürgerlich-reformistischen Spitze, muß die Front aller proletarischen Organisationen einschließlich der kommunistischen, zur Niederkämpfung des Faschismus treten. Zum eisernen Rücken des Keils muß die stählerne Spitze – die revolutionäre Führung kommen.

Ein Kartell aller proletarischen Organisationen zum Kampf gegen den Faschismus und gegen den Kapitalangriff ist in der gegebenen Lage der nächste Schritt, der zu tun ist. Er wird, auch in organisatorischer Hinsicht, nicht der letzte sein können. Ein Kartell ist erst eine lose Vereinigung organisierter Teile der Arbeiterklasse.

Es kann den Kampf beginnen.

Siegreich beenden kann ihn nur eine zugleich breitere und festere Organisation, die die gesamte Arbeiterklasse unter einheitlicher, revolutionärer Führung zusammenfaßt. Diese Organisation ist nicht erst zu erfinden. Es sind dies die Arbeiterräte, die von der Arbeiterklasse selbst geschaffenen Organe zur Zusammenfassung der gesamten Klasse zum Kampf um die Macht.

Aber anfangen muß man mit dem Anfang. Das ist das Kampfbündnis aller proletarischen Organisationen zur Abwehr des Faschismus und des Unternehmerangriffs.

Der Umstand, daß die Kommunistische Partei sich lange Zeit infolge falscher taktischer Methoden nicht als fähig erwiesen hat, die Initiative zur Sammlung der Arbeiterklasse für diesen Kampf zu ergreifen, die die historische Aufgabe und Pflicht der revolutionären Arbeiterpartei ist, darf für die sozialdemokratischen Arbeiter kein Grund sein, ihrerseits die Hände in den Schoß zu legen. Sie müssen durch eigene Initiative die Herbeiführung des notwendigen proletarischen Kampfbündnisses erleichtern und beschleunigen. Die Zeit drängt und kümmert sich wenig um die Fragen des historischen Vortritts

## **B. Die Kommunistische Partei muß die proletarische Einheitsfront organisieren, indem sie den ultralinken Kurs offen, schnell und vollständig beseitigt.**

### **1. Die taktischen Erfahrungen.**

Der offene Brief vom Januar 1921

Die Kommunistische Partei hat langjährige, reiche Erfahrungen in der Taktik der Einheitsfront. Aber diese Erfahrungen, deren wichtigste in die Jahre 1920 bis 1923 zurückreichen, sind durch die zwei Perioden des ultralinken Kurses unter Maslow, Ruth Fischer 1924—1926 und die, die 1928 begonnen hat und heute erst zögernd und teilweise aufgegeben wird, so gut wie verschüttet worden. Die junge Generation der Parteimitglieder hat sie überhaupt nicht kennen gelernt, die ältere hat sie zu einem großen Teil vergessen.

Es ist daher nützlich, sie wieder in Erinnerung zu bringen. Das Falllassen dieser Methoden hat die Partei und die Arbeiterklasse kampfunfähig gemacht. Sie müssen, abzüglich der dabei begangenen Fehler, wieder aufgenommen werden. Die Behauptungen, daß die Bedingungen für ihre Anwendung verschwunden seien, stützten sich nicht auf Tatsachen, sondern auf phantastische Verkennung der Lage und der Faktoren des Klassenkampfes der letzten 4 Jahre. Das Wort „Einheitsfront“ ist die ganze Zeit über gebraucht worden. Die Sache aber wurde aufgegeben. Auf sie aber kommt es an.

Die erste umfassende Einheitsfrontaktion der Partei begann im Januar 1921 in einer Zeit wachsender Teuerung und steigender Not der Arbeiterklasse. Es war dies nach der Verschmelzung der KPD (Spartakusbund) mit dem linken Flügel der USPD, die im Herbst 1920 stattgefunden hatte. Die Partei hieß für eine Uebergangszeit „Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands“. (VKPD). Vorhergehungen waren bereits im Dezember 1920 die „Vier Forderungen“ der Stuttgarter Metallarbeiter, für die eine breite Besetzungskampagne in Betrieben, Gewerkschafts- und Massenversammlungen geführt wurde.

Am 8. Januar 1921 wandte sich die VKPD. mit einem Offenen Brief an den ADGB, die SPD, und USP, mit folgenden Forderungen:

1. Einleitung von einheitlichen Lohnkämpfen, Erhöhung aller Renten und Pensionen von Kriegspfern und Sozialrentnern, einheitliche Regelung der Arbeitslosenbezüge.
2. Maßnahmen zur Verbilligung von Lebensmitteln.
3. Maßnahmen zur Bereitstellung von Lebensmitteln u. Bedarfsgegenständen.
4. Sofortige Entwaffnung und Auflösung der bürgerlichen Selbstschutzorganisationen, Schaffung proletarischer Selbstschutzorganisationen, Amnestie für alle politischen Delikte, Aufnahme der diplomatischen und Handelsbeziehungen mit Sowjet-Rußland.

ADGB., SPD. und USP. lehnten ein gemeinsames Vorgehen mit der VKPD. ab. Darauf wandte sich die Partei am 16. Januar 1921 in einem Aufruf an die Mitglieder der genannten Organisationen und das gesamte Proletariat zur Bildung der geschlossenen Arbeiterfront auch gegen den Willen der Führer. Zur Durchführung der Kampagne für diese Forderungen schlug die Partei vor: „Es gilt in jeder Fabrik Versammlungen der Gesamtbetriebschaft einzuberufen und darüber zu beraten, was die einheitlichen Forderungen der Arbeiter sein sollen und die Betriebsräte zu verpflichten, für diese Forderungen einzutreten. Gewerkschaftsversammlungen sind einzuberufen und öffentliche Versammlungen zur allgemeinen Aufklärung für unsere Forderungen abzuhalten.“

In den ersten zwei Wochen nach Erlaß des Aufrufes wurden in ganz Deutschland Versammlungen gehalten, die sich für die Forderungen des offenen Briefes und die proletarische Einheitsfront aussprachen. Die Kampagne hatte besonderen Erfolg in Berlin, Leipzig, Stuttgart, Thüringen, Ruhrgebiet. Eine große Anzahl kleinerer Versammlungen, 13 Betriebschaftsversammlungen von Großbetrieben, 16 Zahl- bzw. Verwaltungsstellenversammlungen, vor allem des Metallarbeiterverbandes sprachen sich für den offenen Brief aus. In Berlin stellte sich die von 6000 Arbeitern besuchte Mitgliederversammlung des Eisenbahnerverbandes auf den Boden des offenen Briefes. Auf der Funktionärskonferenz des ADGB. für den Bezirk Berlin vom 2. Januar erhielt ein Antrag im Sinne des offenen Briefes 327 gegen 555 Stimmen.

Die Wirkung der Kampagne war unter den Gewerkschaftsmitgliedern so stark, daß die Gewerkschaftsbürokratie zur Gegenwehr griff. Die Bürokratie des Eisenbahnerverbandes, des Bauarbeiterverbandes, des Metallarbeiterverbandes griffen zu Ausschlüssen kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre und verweigerten die Anerkennung kommunistischer Ortsverwaltungen (Bauarbeiterverband Chemnitz, Eisenbahnerverband Berlin, Essen). Der Vorstand des ADGB. drohte in einem Brief vom 7. Februar diejenigen auszuschließen, die für den offenen Brief der KPD. eintraten (wegen „Verletzung der statutenmäßigen Neutralität der Gewerkschaften“). Die VKPD. antwortete mit der Forderung an die Mitglieder der Gewerkschaften, die Einheitsfrontkampagne zu verstärken. Sie trat scharf gegen die Spaltungsversuche der Gewerkschaftsbürokratie auf und mobilisierte die Mitglieder zum Kampf gegen die reformistischen Spalter und für die Erhaltung der Einheit der Gewerkschaften.

In der zweiten Hälfte Februar ging das Kapital mit Betriebsstillegungen und anderen Maßregeln gegen die Kaliarbeiter Mitteldeutschlands vor. Eine Reichskonferenz der Kaliarbeiter, die über die Abwehrmaßnahmen beraten sollte, beschloß, „daß die geeignete Grundlage, auf welcher der Kampf der Bergarbeiter geführt werden muß, der offene Brief der VKPD. ist.“

Die einzelnen Gewaltmaßregeln der Gewerkschaftsbürokratie fruchteten jedoch nichts gegenüber den wachsenden Sympathien, die die Kampagne für den offenen Brief der VKPD. unter den Gewerkschaftsmitgliedern verschaffte. Der Druck von unten auf die Gewerkschaftsbürokratie wurde immer stärker.

#### Die „zehn Forderungen“ des ADGB.

Da entschloß sich der Vorstand des ADGB. zu einem Manöver, um der immer weiter um sich greifenden Offensive der KPD. die Spitze abzubrechen. Er stellte selbst 10 Bedingungen zur Abhilfe der Arbeitslosennot auf – natürlich, nicht um die Gewerkschaften dafür in den Kampf zu führen, sondern um den Kampf zu sabotieren.

Die VKPD. parierte sofort dieses Manöver, indem sie, nach einer Kritik der Unzulänglichkeit dieser Forderungen, erklärte, daß sie für die Durchführung dieser Forderungen eintreten werde. Sie führte die Einheitsfrontkampagne weiter in dem Sinne, daß die Arbeiterklasse sich für die Erämpfung dieser Forderung einsetzen und sich nicht auf die Gewerkschaftsführer verlassen solle.

Bis Anfang März hatten sich für die Forderungen des offenen Briefes ausgesprochen: 32 wichtige Gewerkschaftszahlstellen und Ortsverwaltungen, 24 Belegschaftsversammlungen von Großbetrieben, 18 Versammlungen, die teils von der VKPD selbst, teils von örtlichen Gewerkschaftskartellen einberufen waren.

Im Anschluß an die Konflikte mit Frankreich wegen der Reparationszahlungen und die Bedrohung der Ruhrarbeiter begann die Partei eine Kampagne für das Bündnis mit Sowjet-Rußland. In Berlin fand am 11. März eine Massenversammlung statt, an der sich USP-Arbeiter und eine Reihe großer Betriebe beteiligten (AEG., Osram, Knorrbremse).

Die Kampagne für den offenen Brief wurde unterbrochen durch die sogenannte Märzaktion, in der die Partei auf eine von Severing kühl angelegte Provokation hineinfiel und die Frage des Machtkampfes stellte, ohne sich die notwendige Massengrundlage, die Bereitschaft der Mehrheit der Arbeiterklasse den Machtkampf zu unterstützen, gesichert zu haben.

### Voraussetzungen, Kennzeichen und Ergebnisse der Einheitsfrontaktion

Was waren die Kennzeichen und Voraussetzungen dieser ersten von der Gesamtpartei eingeleiteten Einheitsfrontaktion? Die Voraussetzungen waren einerseits das Rückfluten der revolutionären Welle, das den unmittelbaren Kampf um die Macht zunächst von der Tagesordnung abgesetzt hatte, andererseits steigende Arbeitslosigkeit und steigende Not der Arbeiter. Die Spaltung der USP in Halle (1920) hatte den Drang der Arbeiterklasse nach Einheit der Aktion als Gegengewicht gegen die organisatorische Spaltung der Arbeiterklasse geweigert. Die Kommunistische Partei war durch den Zutritt des linken Flügels der USP zahlenmäßig gestärkt, aber trotzdem war es erst eine Minderheit der Arbeiterklasse, die ihrer Führung folgte. Aus diesen Voraussetzungen heraus wurde die Taktik der Einheitsfront geschaffen, deren erster Ausdruck der offene Brief vom 8. Januar und die sich daran anschließende Kampagne war.

Die Kennzeichen dieser ersten Einheitsfrontkampagne waren: als Einleitung die Wendung an die Spitze des ADGB, der SPD, und USP, zum gemeinsamen Kampf für ein Programm von unmittelbaren Forderungen. Nach Ablehnung durch die Spitzen die Wendung an die Mitglieder der Gewerkschaften, an die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen, an die Betriebe, an die Arbeiteröffentlichkeit im Ganzen. Das Gegenmanöver der Gewerkschaftsbürokratie mit Aufstellung ihrer 10 Forderungen wurde pariert, indem die Partei an die Masse der Gewerkschaftsmitglieder und die Betriebe appellierte, um den wirklichen Kampf für diese Forderungen zu organisieren.

Was war das Ergebnis der dreimonatlichen Kampagne? Ein sehr bedeutendes für die Partei und die Arbeiterbewegung, obwohl es in diesen drei Monaten noch nicht gelungen war, von der Propaganda und Agitation zur breiten Massenaktion überzugehen: die Eroberung neuen Bodens für den Kommunismus in den Gewerkschaften, in den Betrieben, das Zurückdrängen der Autorität und des Einflusses der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die Vereitelung ihrer Spaltungsabsichten und Gewaltmaßregeln gegen Kommunisten durch die Eroberung der Sympathien der Mitglieder für die Kommunistische Partei.

### Die Märzaktion und ihre Korrektur.

Das Ansrutschen nach ultralinks in der Märzaktion begann die Partei sehr schnell selber zu korrigieren und in die Taktik des offenen Briefes, d. h. der Einheitsfront zurückzudenken.

Am 29. April bereits erließ die Reichsgewerkschaftszentrale der KPD einen Aufruf an die Gewerkschaftsmitglieder gegen Durchbrechung des 8-Stundenlages gegen Lohnabbau, gegen jede Ausnahmejustiz, für die 10 Forderungen des ADGB.

Die Reparationskrise verschärfte sich, die Kämpfe in Oberschlesien nahmen großen Umfang an, die Arbeitslosigkeit stieg. Da griff die Partei in ihrem Aufruf vom 22. Mai die Forderungen des offenen Briefes wieder auf, forderte die proletarische Einheitsfront gegen die nationalistische Aktion in Oberschlesien und gegen das Wüten der Justiz gegen die revolutionären Arbeiter. Die Partei veranstaltete im ganzen Reich Versammlungen, in denen sie zum Kampf aufrief. Gemeinsame Versammlungen der Arbeiterorganisationen fanden in Stuttgart und Danzig statt. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Eisenbahnverbandes berief eine gemeinsame Sitzung der Parteien und Gewerkschaftsspitzen zur Verhinderung von Waffentransporten.

Am 10. Juni wurde der unabhängige Abgeordnete Garreis in München von Konterrevolutionären ermordet. In München selbst trat die Arbeiterschaft sofort in einen zweitägigen Generalstreik. Die KPD rief die gesamte Arbeiterschaft auf zum Kampf gegen die Regierung Kahr, für proletarischen Selbstschutz, gegen den Belagerungszustand, für die Freilassung der politischen Gefangenen. In Berlin fanden gemeinsame Demonstrationen von KPD. und USP. statt. Die SPD hielt gereinigte Versammlungen ab. In der Provinz fanden gemeinsame Versammlungen auf dem Boden des KPD.-Aufrufs statt in Halle, Königsberg, Ludwigshafen. In Speier führte die Kampagne zu einem 24stündigen Generalstreik für die Forderungen des KPD.-Aufrufs. Die Kampagne für die 10 Forderungen des ADGB. wurde weiter geführt. Am 20. Juni fand eine Demonstration der Berliner Arbeitslosen vor dem Gewerkschaftshaus für die 10 Forderungen statt. Die Partei unterstützte diese Aktion durch einen Aufruf.

Am 19. Juni trat eine Betriebsrätekonferenz für Nordwestdeutschland in Bremen zusammen, die als erste Einleitung zu einheitlichen Aktionen dienen sollte. Man beschränkte sich hier aber nicht mehr auf die 10 Forderungen des ADGB., sondern forderte die einheitliche Aktion für ein weitergehendes Kampfprogramm.

### Der 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Am 22. Juni trat in Moskau der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zusammen, der bis 12. Juli dauerte. Unter der Führung Lenins korrigierte der Kongreß schnell, offen und vollständig die ultralinke Taktik, die der Märzaktion zugrunde lag. Die Taktik des offenen Briefes, der Einheitsfront, wurde vom Kongreß ausdrücklich als musterhaft erklärt und für die gesamte Internationale veralgemeinert. Den kommunistischen Parteien wurde für die Zeit, wo die Arbeiterklasse nicht mehr oder noch nicht unmittelbar um die Macht kämpfte, die Aufgabe gestellt, durch Kämpfe um Organisation von Teilforderungen und revolutionäre Uebergangslösungen (Arbeiterkontrolle der Produktion) auf Grund der Taktik der Einheitsfront die Mehrheit der Arbeiter für die Grundsätze und Ziele des Kommunismus zu erobern und die Sympathien der Massen der Werktätigen zu gewinnen, um so den Kampf um die Macht gründlich und ausreichend vorzubereiten. Paul Levi, der bisherige Führer der Partei, der in einer Broschüre die Partei wegen der Märzaktion heftig angriff, ohne vorher versucht zu haben, innerhalb der Partei kritisch aufzutreten, wurde wegen Disziplinbruchs ausgeschlossen, ihm aber der Weg zur Rückkehr in die Partei offengehalten. Soweit seine Kritik berechtigt war, wurde sie offen anerkannt. Zwischen den Vertretern seiner Auffassung und der Mehrheit der Partei wurde ein Friedensvertrag abgeschlossen, der den Boden für die disziplinierte Zusammenarbeit in der Leitung schaffen sollte und auch für einen Teil derjenigen, die sich zeitweilig Paul Levi angeschlossen hatten, geschaffen hat. Durch diese von der Partei selbst unmittelbar eingeleitete, von der Kommunistischen Internationale vollständig und offen vor der gesamten Arbeiterklasse durchgeführte Korrektur der ultralinken Fehler der Märzaktion wurde der Rückschlag, den die Märzaktion der Partei gebracht hatte, binnen kurzem wieder wettgemacht, das verlorene Vertrauen wieder gewonnen, die Partei zusammengeschweißt, der Boden für neuen Vormarsch auf Grundlage der Taktik der Einheitsfront vorbereitet.



Der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale kann als Muster dafür dienen, wie faktische Fehler schnell, offen, vollständig, ohne falsche Prestigerücksicht mitten im feindlichen Feuer korrigiert werden.

### Die Weiterführung der Einheitsfrontkampagne.

Die Weiterführung der Einheitsfrontkampagne der Partei steigerte den Druck der Massen auf die reformistischen Gewerkschaftsinstanzen. Unter diesem steigenden Druck mußte der Vorstand des ADGB, in einem Aufruf vom 8. August erklären, daß er bereit sei, nicht nur mit parlamentarischen Mitteln, sondern auch mit denen des Gewerkschaftskampfes für die 10 Forderungen einzutreten. Die KPD, verstärkte die Kampagne für die sofortige Bildung der proletarischen Einheitsfront und für die sofortige Aufnahme des Kampfes für die 10 Forderungen des ADGB. Sie legte organisatorisch das Hauptgewicht auf die Einberufung von Betriebsrätevollversammlungen an allen Orten. Es ist klar, daß die Partei diese Kampagne nicht hätte durchführen können ohne starke Stützpunkte in den Gewerkschaften. Diese Kampagne selbst aber verbreiterte mächtig den Einfluß und die organisatorischen Stützpunkte der Partei in den Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsfraktionen, die eroberten Gewerkschaftsfunktionen, Betriebsräte waren die entscheidenden Hebel in der Kampagne der Partei.

In Verbindung mit dieser Kampagne organisierte die Partei eine Bewegung zur Einberufung eines Betriebsräte-Kongresses. In Berlin nahm eine Betriebsrätevollversammlung, die von 1000 Betriebsräten besucht war, Stellung für den Reichsbetriebsrätekongreß. Ebenso Betriebsrätevollversammlungen in Leipzig, Erturt, Hamburg, im Ruhrgebiet, die Betriebsrätekonferenz von Thüringen, das Gewerkschaftskartell der Provinz Brandenburg, zahlreiche Betriebs- und öffentliche Versammlungen. Die offiziellen Gewerkschaftsinstanzen lehnten die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses ab. Die Partei verstärkte ihre Mobilisierungsarbeit.

### Die Ermordung Erzbergers.

Der Massenbewegung wurde neuer Antrieb gegeben durch die Ermordung Erzbergers. Die Partei rief die Arbeiterschaft auf zur Entwaffnung der reaktionären Formationen, zur Entfernung der Monarchisten aus dem Staatsapparat, aus der Reichswehr, der Schupo, der Richterschaft und zur Aufhebung des Ausnahmezustandes. In Kiel, Leipzig, Hamburg und sechs anderen wichtigen Industriestädten fanden gemeinsame Demonstrationen aller Arbeiter statt, in Berlin lehnten ADGB. und SPD. gemeinsame Demonstrationen ab. In einer Reihe von Fällen (Berlin, Jena Hamburg) wurde der Versuch gemacht, den Kampf aus den Betrieben heraus gemeinsam weiterzuführen und an den Kampf gegen die Reaktion den Kampf gegen die wirtschaftliche Not der Arbeiterschaft anzuschließen. Dem Kampf gegen die Reaktion gab die Partei konkrete Form in der Losung der Schaffung proletarischer Kontrollausschüsse. USP. wie SPD. lehnten diese Losung ab.

Die Reparationstrage und die Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien führten zu einer Regierungskrise. Die KPD, rief die Arbeiterschaft auf, mit allen Mitteln, parlamentarischen wie außerparlamentarischen, das Zustandekommen einer Sinnesregierung zu verhindern und geschlossen zu kämpfen für die Erfassung der Sachwerte, für den Schutz des Achtstundentages, für die Entwaffnung der Konterrevolution, für die Entfernung von monarchistischen Elementen aus der Verwaltung und erklärte: „Sofern die SPD. und die USPD. den Mut haben, für diese Forderungen einzutreten, wird ihnen die KPD. kein Hindernis bereiten“

Die Sozialdemokratie entschied sich für die große Koalition (die Wirthregierung). Die Partei steigerte, mit gutem Erfolge, ihre Aktion unter der reformistischen Arbeiterschaft. Die „Erfassung der Sachwerte“ war von ADGB. und Afa als Forderung aufgestellt. Die KPD agitierte für den Kampf um ihre Verwirklichung.

Eine neue Form der Einheitsfront war die Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung in Thüringen. Die KPD verpflichtete sich, die sozialdemokratische Regierung solange zu unterstützen, als sie das aufgestellte Minimalprogramm durchführte.

Wir müssen uns weiterhin nur noch mit einer kurzen Aufzählung und Kennzeichnung der wichtigsten Einheitsfrontkampagnen in den Jahren 1922 und 1923 begnügen:

## 1922

1. Am 1. Januar 1922 ein Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale an die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder „Für die Einheitsfront des Proletariats“ unter folgenden Hauptlosungen: Kampf um die Kontrolle der Produktion, Hände weg von Sowjet-Rußland, Brot und Maschinen für die russischen Proletarier.

2. Am 11. Januar 1922 Generalversammlung der Berliner Betriebsräte. Die im November 1921 gewählte „Sechserkommission“, gewählt von 2000 Berliner Betriebsräten, um die Amnestierung der proletarischen Gefangenen zu erzwingen, erhielt trotz des Widerstandes der Bürokratie Zutritt. Einstimmig wurde eine von der Sechserkommission vorgelegte Entschließung angenommen für die Erfassung der Sachwerte, für die Auflösung des Reichslages und Neuwahlen bei Nichtannahme unter der Parole: „Alle Lasten auf die Besitzenden, für den Abbruch der Subventionsverhandlungen mit der Großindustrie, für die Ablehnung jeder Stinneskoalition, für die Kontrolle der Preisbildung durch die Betriebsräte.“

Die Zulassung der Kommission, die Annahme der Resolution waren schwere Niederlagen für die Bürokratie und ein Sieg der Einheitsfront.

3. Im Februar Generalstreik der Eisenbahner, allein unterstützt von der KPD, durchgeführt gegen die Instanzen des ADGB, der SPD, und USP, wie gegen die brutalen Gewaltmaßnahmen der Sozialdemokraten in der Koalitionsregierung. Der Streik umfaßte auf seinem Höhenpunkt 800 000 Teilnehmer. Die Wucht des Streiks erzwang Verhandlungen zwischen Reichsregierung, ADGB, Deutschem Eisenbahnverband und den Beauftragten der Streikenden.

Der Streik brachte zum erstenmal die Eisenbahnerschaft in den schärfsten Klassengegensatz nicht nur zur bürgerlichen Regierung, sondern auch zu den Gewerkschaftsinstanzen.

4. Im April Konferenz der Exekutiven der III. der II. und der Wiener 2<sup>1/2</sup>. Internationale in Berlin. Der Zweck waren gemeinsame internationale Massenkundgebungen während der Konferenz in Lena am 20 April oder am 1. Mai unter den Losungen: Für den Achtstundentag, für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die durch die Reparationspolitik der kapitalistischen Mächte ins Maßlose gesteigert wird, für die einheitliche Aktion des Proletariats gegen die kapitalistische Offensive für die russische Revolution, für das hungernde Rußland, für die Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aller Staaten mit Sowjet-Rußland, für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront in jedem Lande und in der Internationale. Eine Neunerkommission der III. Internationale wurde zur Einberufung eines „Weltarbeiterkongresses“ eingesetzt.

Trotz der Sabotage der SPD, marschierten in Berlin am 20. April 150 000 Arbeiter auf, dabei viele geschlossene Belegschaften. Es war der stärkste Massenaufmarsch der Arbeiterschaft in Berlin seit der Ermordung Erzbergers. In Düsseldorf demonstrierten 40 000, in Leipzig 40 000, in Stuttgart 15 000 (trotz Ablehnung durch SPD, und USP.) in Chemnitz 15 000, in Halle 20 000. Unter der Wirkung der internationalen Konferenz kamen am 1. Mai in ganz Deutschland gemeinsame einheitliche Kundgebungen aller Arbeiter-

organisationen und -Parteien zustande. In Berlin allein demonstrierten rund 600 000 Arbeiter.

Um sich diesem Druck zu entziehen, sprengte die II. Internationale am 23. Mai die Neunerkommission.

5. Die Rathenaukampagne. Am 24. Juni wurde Rathenau ermordet. Am gleichen Tag setzte die Partei Massenversammlungen in Berlin an. Für den nächsten Tag gemeinsame Massendemonstrationen der SPD, USP. und KPD. Von der Berliner B.L. wurden in einem besonderen Aufruf die Parolen herausgegeben: Entfernung aller Monarchisten aus Heer, Polizei und Verwaltung, Verbot und Auflösung aller nationalistischen Organisationen, Durchführung des Bielefelder Abkommens, sofortige Verhaftung der Orgeschführer, Schaffung von Kontrollorganen zur Durchführung dieser Forderungen. In den Versammlungen wurde die Forderung des Generalstreiks und des Zusammentritts der Betriebsrätevollversammlung erhoben. Auf der Schlußsitzung des Leipziger Gewerkschaftskongresses unterbreitete Walcher als Vertreter der KPD. eine Erklärung, durch die der Kongreß den Bundesvorstand aufforderte, unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen zur Durchführung des Bielefelder Abkommens zu treffen. Am 26. Juni Aufruf der Berliner Gewerkschaftskommission, des AFA-Bundes, der Bezirksorganisationen der SPD., USP., KPD. zum befristeten Proteststreik gegen die Ermordung Rathenaus. Zahlreiche Betriebsdelegationen fordern sofortige Auflösung der Reichswehr, Verhaftung von Hindenburg und Ludendorff, unverzügliche Durchführung des Bielefelder Abkommens. In Hamburg forderte eine mächtige Kundgebung der SPD., USP., KPD. den sofortigen Rücktritt der sozialdemokratischen Minister aus der Koalitionsregierung, die Bildung einer Arbeiterregierung, die Bewaffnung der Arbeiter gleichzeitig gewaltige Massenkundgebungen im ganzen Reich. ADGB., AFA., SPD., USP. weigerten sich, in die von den Organisationen gemeinsam aufgestellte Plattform die Forderung der Sicherung des Achtstundentags, der Arbeiterwehren und der Arbeiterkontrollausschüsse aufzunehmen. Sie scheuten die selbständige Aktion der Arbeiter ohne und gegen die staatlichen Organe. Die Massen drängten nach Taten. Unter diesem Druck entschlossen sich ADGB. und SPD., erneut zu einem halbtägigen Proteststreik zum 24. Juli aufzurufen. Die KPD. erklärte, Demonstrationen genügen nicht mehr, es gilt zu handeln. In Sachsen hatte die Partei bereits die Organisation proletarischer Hundertschaften in die Hand genommen. Die KPD. forderte die Arbeiterschaft auf, das sächsische Beispiel nachzuahmen, die Beseitigung der konterrevolutionären Beamten selbst in die Hand zu nehmen und den Kampf aufzunehmen. In ganz Mitteldeutschland bildeten sich Kontrollausschüsse aller Arbeiterorganisationen, einschließlich der Gewerkschaften und der SPD., die die Säuberung der Verwaltung von sich aus beginnen. Während unten die Arbeiterschaft, Gewerkschaftsmitglieder, SPD., USP.-Arbeiter in ihren örtlichen und bezirklichen Organisationen sich um die Forderungen der KPD. sammelten, brachen dagegen die zentralen Spitzen des ADGB., der SPD. und USP. offen aus der Einheitsfront aus und brachen die Verhandlungen mit der KPD. ab. Der Grund war, daß die KPD. darauf bestand, daß der Aufruf der Gewerkschaften den Massen sage, mit welchen Mitteln die Forderungen durchzusetzen seien, und daß die KPD. auf der Auflösung des Reichstages bestand. Aber während so die Spitzen des ADGB., der SPD. und USP. nach rechts aus der Einheitsfront ausbrachen, um die Koalition mit den bürgerlichen Parteien zu retten (auch der Reichsausschuß der USP. hatte sich bereit erklärt, in eine bürgerliche Koalition mit einzutreten), orientierten sich die sozialdemokratischen Massen nach links. Zahlreiche Ortsgruppen der SPD., noch mehr der USP., traten geschlossen zur KPD. über. Um dem Ansturm der Masse der Mitglieder zu begegnen, faßten am 14. Juli die Reichstagsfraktionen der SPD. und der USPD. den Beschluß, sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ im Reichstag zusammenzuschließen.

Der Gang der Dinge läßt sich so zusammenfassen: Die Erregung der Massen und die Initiative der KPD. zwingen zunächst ADGB., AFA., SPD.,

USP. zur gemeinsamen Aktion — zu gemeinsamen Demonstrationen. Sie sind aber bestrebt, die Bewegung im Rahmen der Hilfsstellung für die Staatsorgane, der großen Koalition und der bloßen Demonstration zu halten. Die KPD. drängt auf selbständige Aktionen der Arbeiterschaft. Große Teile der Arbeiterschaft, örtliche Parteiorganisationen, Gewerkschaftskartelle usw. gehen mit. Jetzt brechen die zentralen Spitzen aus. Aber die Massen bewegen sich zur Partei, handeln mit ihr gemeinsam, gehen vielfach zur Partei über. Die Autorität und der Aktionsradius der Partei hat sich durch die Aktion mächtig ausgedehnt, in die reformistische Front ist ein bedeutender Einbruch gelungen. Als Fehler in der Aktion der Partei kann nur bezeichnet werden, daß sie nicht sofort zentral die Lösung der Kontrollausschüsse herausgab und der großen Koalition die unbestimmte und unklare Lösung der „Arbeiterregierung“ gegenübergestellt wurde, statt Sozialdemokraten und Unabhängige in die Regierung zu drängen und selbst die Räte zu propagieren.

6. Der Reichsbetriebsrätekongreß. Die Inflation wächst, die Teuerung steigt. Von Bayern her breitet sich die faschistische Bewegung aus. Die Berliner Betriebsräte treten am 7. August zusammen, um zur Teuerungswelle und zur Lage in Bayern Stellung zu nehmen. Die Versammlung stellt sich geschlossen auf den Boden der kommunistischen Entschliebung, die vom ADGB, die Anwendung aller Mittel fordert zur Verwirklichung des Berliner Abkommens bei der Ermordung Rathenaus. Ziska und Krüger von der SPD. lehnen unter faulen Vorwänden ab, der Versammlung weiter beizuwohnen, sie verlassen mit einem Teil ihrer Leute den Saal. Darauf konstituieren sich 15 Genossen, Vollzugsrat, Zentralrat und Gruppenmitglieder der Betriebsrätezentrale als 15er Ausschuß und berufen am 27. August selbständig die Vollversammlung der Betriebsräte ein, gegen den Zentralrat, der zur Sabotierung des 15er Ausschusses aufforderte. Die Betriebsräteversammlung tritt am 31. August vollzählig zusammen, richtet einen offenen Brief an die deutsche Arbeiterschaft, und wählt einen Kontrollausschuß zur Vorbereitung eines Reichsbetriebsrätekongresses. Die Versammlung bestätigt ausdrücklich den 15er Ausschuß als ihr gewähltes Organ. Am 2. September richtet der Kontrollausschuß eine Anzahl Forderungen an den Minister des Innern: Beschlagnahme von Lebensmitteln, Einsetzung einer Kommission aus Betriebsräten der Eisenbahn zur Kontrolle der Züge, sofortige Beschlagnahme aller Luxuswohnungen, sofortige Schließung aller Luxusgaststätten, Kontrolle aller Lebensmittelbetriebe. Der 15er Ausschuß kündigt an, daß die Arbeiter zur Selbsthilfe greifen, falls nichts geschieht. Der Schrift findet lautes Echo im Reich. Betriebsräte-Versammlungen und -Kongresse in Leipzig, in Rheinland-Westfalen (Gelsenkirchen), in Solingen, Remscheid, Bitterfeld, Halle usw. folgen dem Beispiel.

Der ADGB. ging jetzt zum Gegenangriff über. Er verkündete, der Reichsbetriebsrätekongreß müsse mit allen Mitteln verhindert werden — wer am Kongreß teilnehme, habe nichts mehr in den Gewerkschaften zu suchen . . .

Aber in der Generalversammlung der Berliner Betriebsräte vom 15. September, die von der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale und dem ADGB. selbst einberufen war, erlitten diese Instanzen eine schwere Niederlage. Der vorgelegte scharfe Mißtrauensantrag gegen den 15er Ausschuß wurde abgelehnt. Ein Antrag, der sich auf dem Boden des 15er Ausschusses stellte und die Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses forderte, wurde angenommen. Die Gewerkschaftsbürokratie stieß mit frechen Provokationen gegen die Bewegung vor. Die Massenvorbereitungen zum Reichsbetriebsrätekongreß schritten über diese Provokationen hinweg. Die Regierung griff zu Massenverhaftungen von Kommunisten, die an der Bewegung führend beteiligt waren. Die KPD. antwortete mit mächtigen Protestversammlungen.

Am 23. November trat der Reichsbetriebsrätekongreß, gestützt auf eine breite Massenbewegung in Berlin zusammen. Es nahmen teil 846 Delegierte, darunter 657 KPD., 38 VSPD., 22 USP., 52 Parteilose, 17 K. L., 3 VSPD.-jugend. Im Mittelpunkt des Kongresses stand der Kampf um die Kontrolle der Produktion. Ein detailliertes Aktionsprogramm enthielt:

a) Maßregeln zur Sicherung der Existenz der arbeitenden Massen: b) zur

Abwälzung der Lasten des finanziellen Bankrotts und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs auf die Bourgeoisie; c) zur Annullierung des Versailler Vertrages und zum Wiederaufbau Europas; d) zur Bekämpfung der Konterrevolution und der Wirtschaftssabotage. Als Instrument zur Sicherung der Durchführung dieses Programms bezeichnete der Kongreß die Bildung einer Arbeiterregierung, die sich stütze auf Arbeiterwehren, Betriebsräte und Kontrollausschüsse.

Dies letztere ist ein schwacher Punkt. Entscheidend aber war, daß die von der Partei organisierte Betriebsrätebewegung den Aktionsradius der Partei gewaltig ausbreitete und die Bildung selbständiger Klassenorgane der Arbeiterklasse einleitete.

## 1923

1. Januar, die Ruhrbesetzung droht. Eine internationale Konferenz der Kommunistischen Parteien in Essen erläßt ein Manifest gegen die imperialistischen Pläne und für die internationale Einheitsfront des kämpfenden Proletariats.

2. Mit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet wendet sich die KPD, am 11. Januar mit einem offenen Brief an ADOB, AFA, ADB, VSPD, zur Herstellung der geschlossenen Kampffront. Kampfforderungen: Rücktritt der Regierung Cuno, Bruch mit der Koalition. Abwälzung der Reparationen auf die Bourgeoisie, Arbeiterkontrolle der Produktion, Kampf gegen Cuno an der Spree und Poincaré an der Ruhr, Arbeiterregierung.

3. Am 24. Januar Betriebsrätekonferenz im Ruhrgebiet. Sie stellt neun Forderungen auf.

4. Am 11. März in Essen der zweite rheinisch-westfälische Betriebsrätekongreß, geschützt durch 5 Hundertschaften der Essener Arbeiterschaft.

5. Am 17. März internationale Konferenz in Frankfurt a. M. einberufen von der KPD.

6. In Bayern wächst die faschistisch-monarchistische Bewegung. Am 26. Januar verhängt Bayern den Ausnahmezustand. Der Landesauschuß der KPD in Sachsen fordert die Regierung Buck-Lipinski auf zur Errichtung von Arbeiterwehren, zur Auflösung aller gegenrevolutionären Organisationen, Verhaftung ihrer Führer, Bildung von Kontrollausschüssen zur Kontrolle der Durchführung dieser Forderungen. Die Einheitsfront gegen den Faschismus wird von der Partei propagiert. Die Losung der Bildung proletarischer Hundertschaften greift durch.

7. Im Mai nimmt die Hundertschafts- und Kontrollausschußbewegung einen gewaltigen Aufschwung.

In Sachsen versuchen die rechten sozialdemokratischen Führer das Zustandekommen gemeinsamer Hundertschaften zu verhindern. Es gelingt ihnen nicht. Am 12. Mai erläßt Severing ein Verbot der Bildung proletarischer Hundertschaften in Preußen.

In einem Aufruf vom 13. Mai fordert der Landesauschuß der sächsischen Betriebsräte die Betriebsräte und Arbeiter auf, bis zum 10. Juni in allen größeren Betrieben Betriebs Hundertschaften zu bilden, die sich aus Arbeitern ohne Unterschied der Parteirichtung zusammensetzen. Bis zum gleichen Termin sollen proletarische Kontrollausschüsse, ebenfalls von überparteilicher Zusammensetzung gebildet werden.

Diese Bewegung greift auch auf Thüringen über. In Preußen gesellte sich zum Verbot der Hundertschaften noch das Verbot der dem 15er-Ausschuß angeschlossenen Betriebsräte und Kontrollausschüsse.

8. Am 12. Juli Aufruf der Partei zu Massendemonstrationen gegen den Faschismus für den 29. Juli (Antifaschistentag). Die Bourgeoisie antwortete mit der Ankündigung gewaltsamen Eingreifens gegen die Demonstrationen. Wenige Tage darauf würde die Reichswehr für das Eingreifen gegen die Arbeiterklasse umgruppiert. Die Partei verzichtete am 29. Juli auf den bewaffneten Zusammenstoß, für den weder die Partei noch die Arbeiterklasse gerüstet war. Die Partei begriff, daß eine erweiterte Kräftesammlung und gründlichere Vor-

bereitung notwendig war. Der Gedanke der Bewaffnung faßte erst jetzt in der breite der Partei und darüber hinaus in der Arbeiterschaft Fuß.

Aus dem Aufruf der Partei vom 11. Juli 1923 seien folgende Stellen hier zitiert:

„Wir gehen schweren Kämpfen entgegen. Wir müssen die höchste Aktionsbereitschaft entfalten. Auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie ist kein Verlaß. Wie in allen bisherigen Abwehrkämpfen des revolutionären Proletariats gegen die Konterrevolution, wird die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiter auch jetzt im Stich lassen und verraten . . . Wir Kommunisten können in dem Kampfe gegen die Konterrevolution nur siegen, wenn es uns gelingt, ohne und gegen die verräterische sozialdemokratische Partei- und Gewerkschafts-Bürokratie die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen mit uns gemeinsam in den Kampf zu führen

Zu diesem Zweck müssen sofort alle Vorbereitungen für eine kampffähige Abwehraktion getroffen werden . . . .

Die gemeinsamen proletarischen Abwehr-Organisationen müssen, allen Widerständen zum Trotz, unverzüglich aus den Betrieben heraus organisiert werden . . . .

Die Partei muß ihre Organisationen so schlagkräftig machen, daß sie auch im offenen Bürgerkrieg in keinem Bezirk versagen . . .

Der Faschistenaufruf kann nur niedergeworfen werden, wenn dem weißen Terror der rote Terror entgegengestellt wird . . .

9. August: Cuno streik, unter dem Druck der Betriebsrätebewegung. Die Cuno Regierung stürzt. Die Sozialdemokratie tritt als Retter der bourgeoisie in die Regierung. Siresemann leitet das Rückzugsmanöver der deutschen Bourgeoisie im Ruhrkampf und im Innern ein. Unter dem Druck der proletarischen Massenbewegung sowie des Zusammenbruchs des passiven Widerstandes ist die Regierung genötigt, sich von der von ihr selbst aufgezogenen schwarzen Reichswehr und den andern faschistischen Organisationen zu trennen.

10. Am 24. September offener Brief der KPD. an VSPD., USP., ADGB., AFA., ADB. mit der Aufforderung zur Mobilisierung der ganzen Arbeiterklasse und zur Ausföhrung des Generalstreiks, „da vielleicht morgen oder übermorgen schon das Wort die faschistischen Gewehre und Maschinengewehre haben“. Gleichzeitig Alarmruf an die Parteimitgliedschaft.

Bereits am 26. September verhängte Kahr den Ausnahmezustand über Bayern. Die Reichsregierung antwortete mit dem Ausnahmezustand über das ganze Reich.

11. In Sachsen und Thüringen bildet die KPD. gemeinsame Regierungen mit der linken SPD.

Reichsexekutive, Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen ohne erheblichen Widerstand, Abseßung der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierungen.

Was ergibt sich aus diesen Tatsachen von 1923?

Daß es der Kommunistischen Partei auf Grund einer wirklichen Einheitsfronttaktik in Verbindung mit energischer kommunistischer Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften, unter den Betriebsräten, in den Betrieben gelang, ihren Masseneinfluß, ihren Aktionsradius ungeheuer zu erweitern, in den Gewerkschaften vorzumarschieren, einen tiefen Einbruch in das reformistische Lager zu machen und die Abwehr des Faschismus erfolgreich durchzuführen. Der Druck der revolutionären Massenbewegung der sich in die SPD. und die Gewerkschaften fortpflanzte, zwang die Bourgeoisie, ihren faschistischen Verbündeten fallen zu lassen, eine abermalige Stütze in den Spitzen der SPD. und des ADGB. zu suchen und sich auf den Boden der parlamentarischen Republik zurückzugeben.

Dagegen reichte die Taktik der Einheitsfront nicht aus, um den revolutionären Angriff auf die bürgerlich-demokratische Republik zu führen. Die Voraussetzung dazu hätte sein müssen, daß die KPD, bereits die Mehrheit der Arbeiterklasse zum Sturmgang auf den bürgerlichen Staat für sich gewonnen hatte. Das war nicht der Fall. Die Regierungsexperimente in Sachsen waren eine Ueberschreitung der Grenzen, die der Einheitsfronttaktik gezogen sind. Sie waren eine falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik.

Bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik wurden die Wendungen der Partei an die Spitzen, an die Mitglieder, an die örtlichen und bezirklichen Organisationen der reformistischen Parteien und der Gewerkschaften kombiniert und verstärkten sich gegenseitig. Zeitweilig wurden die Spitzen mitgerissen, dies eröffnete einen breiten Zugang unten, beim Anschwellen der Massenbewegung sabotierten die Spitzen regelmäßig und drehten nach rechts. Die Folge aber war die Linksdrehung der Massen, ihre engere Verbindung mit der kommunistischen Partei, die Hebung ihrer Autorität in den Massen, ihres Aktionsradius.

Die Parteizentrale, die die Taktik der Einheitsfront 1920—23 entwickelte und anwandte, stand unter der Führung von Brandler und Thalheimer usw., der gegenwärtigen Führung der kommunistischen Opposition. Diese Anwendung geschah nicht ohne ernste Fehler. Diese Fehler sind von der kommunistischen Opposition längst erkannt, offen ausgesprochen und theoretisch wie praktisch beseitigt worden.

Nach dem Oktober 1923 verhalf die Exekutive der Kommunistischen Internationale Ruth Fischer und Maslow zusammen mit Thälmann, Remmele, Neumann zur Führung der Partei. Der ultralinke Kurs erlebte seine erste Hochflut. Statt Richtiges und Falsches an der Taktik der Einheitsfront von 1920 bis 1923 zu scheitern, eine Aufgabe, die die jetzige kommunistische Opposition durchführte, wurde jetzt die Taktik der Einheitsfront in Bausch und Bogen über Bord geworfen. Die Folge war, daß die Partei binnen einhalb Jahren fast völlig ihren Masseneinfluß einbüßte und an den Rand des Zusammenbruchs geführt wurde.

## Nach 1923

Im letzten Augenblick lenkte die Exekutive der Kommunistischen Internationale ein, schloß nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Kommunistischen Internationale für diesmal die ultralinke Aera ab und lenkte, wenn auch nicht offen und klar, so doch praktisch, in die verlassene Bahn der Einheitsfronttaktik zurück.

Diese Taktik wurde in großem Umfang wieder angewandt bei der Fürsten-Abfindungs-Kampagne 1926. Auch hierbei liefen Fehler unter, aber der richtige Grundzug genügte, um die Partei aus der Isolierung heraus und wieder aufwärts zu führen.

Die erneute Aufgabe der Taktik der Einheitsfront und einer richtigen Gewerkschaftstaktik von 1928 ab hat jetzt zu solchen Folgen für die Partei und die Arbeiterklasse geführt, daß sie diejenigen der ultralinken Periode von 1924 bis 26 noch als harmlos erscheinen lassen. Die Ursache ist klar genug: Das Zusammenfallen der ultralinken Taktik mit der kolossalen wirtschaftlichen und politischen Erschütterung des Kapitalismus in Deutschland. Da die ultralinke Taktik die Ausnützung der gewaltigen revolutionären Möglichkeiten verhinderte, so konnte die Konterrevolution die Lage für sich ausnützen. Bei richtiger Taktik könnte die Kommunistische Partei an der Spitze der Arbeiterklasse heute an der Schwelle der Macht stehen. So aber steht der Faschismus an der Schwelle der Macht, den eine im wesentlichen richtige, wenn auch nicht fehlerfreie, kommunistische Taktik 1923 mitten im Anlauf unterbrach und auf Jahre zurückschleuderte.

## 2. Die Anwendung auf die Gegenwart.

Was ergibt sich daraus an Lehren und Aufgaben für die Gegenwart, für den Kampf gegen die junkerlich-militaristisch-großkapitalistische Reaktion, gegen den Faschismus und den Kapitalangriff?

Die entscheidenden Lehren und Aufgaben für die Kommunistische Partei ergeben sich mühelos aus den Erfahrungen der Vergangenheit und der gegenwärtigen Lage. Es sind folgende:

I. Die bisherige ultralinke Taktik muß offen, ohne Verzug und vollständig aufgegeben werden.

II. Die Taktik der Einheitsfront muß in vollem Umfange aufgenommen werden.

Das Richtige an der erfolgreichen Praxis der Einheitsfront in der Vergangenheit muß voll ausgewertet, das Falsche rein ausgeschieden werden.

Das Richtige umfaßt:

1. Daß die Kommunistische Partei sich mit der Aufforderung zu gemeinsamen Aktionen nicht nur an die Mitglieder, sondern auch an die örtlichen, bezirklichen und zentralen Instanzen der reformistischen Arbeiter-Organisationen wendet. Ueber die höheren Instanzen gilt es, sich den Zugang zu den unteren Organisationen und den Mitgliedern zu bahnen. Durch die Mitglieder und unteren Organisationen gilt es immer wieder auf die höheren Instanzen zu drücken, um sie zur Stellungnahme zu nötigen. Die jeweils erfaßten Arbeiter und Organisationen gilt es, alsbald in geeigneten Formen (Kartellen, Ausschüssen, Aktionskomitees usw.) zusammenzufassen.

2. Die Aktions-Lösungen müssen der konkreten Lage, den Bedürfnissen der Arbeiterklasse, ihrem bereits erreichten Verständnis und den vorhandenen Kräften entsprechend bestimmt werden. Mit den Aktionslösungen muß die Partei die Propaganda ihrer grundsätzlichen Ziele und revolutionären Uebergangslösungen verbinden.

3. Durch geeignete Lösungen und entsprechende Kampagnen müssen die kleinbürgerlichen Schichten, vor allen das städtische Kleinbürgertum, die unteren Beamten und die Kleinbauern mit der Arbeiterklasse verbunden werden.

Das Falsche, das vermieden werden muß, ergibt sich daraus, daß

1. das Schwergewicht der Einheitsfront-Taktik in der außerparlamentarischen Massenaktion liegt. Die parlamentarische Aktion muß also der außerparlamentarischen untergeordnet werden. Die Einheitsfronttaktik hat nicht nur nichts mit Koalitionsmanövern mit bürgerlichen Parteien zu tun, sondern schließt sie aus, ist das gerade Gegenteil davon.

2. Die Einheitsfronttaktik gleichzeitig der Eroberung der nichtkommunistischen Arbeiter für den Kommunismus dient. Sie ist daher mit irgendwelchen Burgfriedens-Verträgen zwischen den beteiligten Organisationen nicht vereinbar. Die Einheitsfront-Aktion bedarf lediglich der Verpflichtung der beteiligten Organisationen zur Aktionsdisziplin unter voller Wahrung des Rechtes jeder der beteiligten Organisationen zur Verletzung ihrer grundsätzlichen Auffassungen und zur Kritik der Aktion.

3. Daß die Einheitsfronttaktik ausreicht für den Kampf um Tageslösungen, daß aber der unmittelbare Kampf um die Macht über die Taktik der Einheitsfront hinaus reicht und zur Voraussetzung hat, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse bereits für den Kommunismus gewonnen ist, d. h. bereit ist für die proletarische Diktatur mit Einsatz des Lebens zu kämpfen.



III. Zur Durchführung von Massenaktionen auf Grund der Einheitsfront-Taktik muß die ultralinke Taktik in den proletarischen Massenorganisationen, vor allem die RGO.-Taktik in den Gewerkschaften, liquidiert werden. Die Partei muß um die Zurückführung der „Roten Verbände“ und der aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen Mitglieder der RGO. in die Gewerkschaften kämpfen und kommunistische Fraktionen zur Eroberung der Gewerkschaften für den revolutionären Klassenkampf und den Kommunismus neu aufbauen.

IV. Die falsche Theorie vom Sozial-Faschismus muß beseitigt werden.

V. Alle grundsätzlichen Schwankungen gegenüber dem kleinbürgerlichen Nationalismus, dem Kernstück der faschistischen Ideologie, müssen beseitigt, die grundsätzliche Grenze zwischen Kommunismus und Faschismus mit voller Schärfe und Klarheit gezogen werden. Manöver zur Entlarvung des Faschismus, aber keine gemeinsamen Aktionen mit faschistischen Organisationen, d. h. keinerlei Einheitsfront mit dem Faschismus!

VI. Offene und eindeutige Preisgabe der ultralinken Taktik, Beteiligung der gesamten Mitgliedschaft an der Ueberwindung der falschen, und der Herausarbeitung und Durchführung der richtigen Taktik. Nicht bürokratische Hemmung, sondern freie Entfaltung der Initiative der Mitgliedschaft im Rahmen der Einheitsfront-Aktion.

Nachdem die Partei vier der kostbarsten, vielleicht für lange Zeit entscheidenden Jahre mit der ultralinken Taktik vergeudet hat, und da der Partei und der Arbeiterklasse das Wasser bereits am Halse steht, hat sie endlich unter dem harten Druck der Tatsachen, der Kritik und der Aktion der kommunistischen Opposition b e g o n n e n, den Weg der wirklichen Einheitsfront-Taktik zu betreten. Das bedeutet der Entschluß der Berliner Bezirksleitung der KPD., sich an die Bezirksleitungen der SPD., des ADGB. usw. zu einer gemeinsamen Massendemonstration gegen den faschistischen Terror, gegen die Papen-Regierung, gegen den imperialistischen Krieg und zur Verteidigung der Sowjet-Union zu wenden (16. Juni). Dieser Schritt ist ein Anfang auf dem richtigen Wege, aber noch nicht mehr als ein Anfang. Es fehlt noch die Wendung an die zentralen Instanzen, die Beseitigung der RGO.-Taktik, die volle Aufklärung über die taktische Wendung in der Partei.

Bei dem bloßen Anfang kann und darf nicht stehengeblieben werden. Die Lage der Arbeiterklasse und der Partei erfordert einen ganzen Schritt: „Kühnheit, Kühnheit und noch einmal Kühnheit!“. Dafür müssen die Parteimitglieder alle Kraft einsetzen.

Die kommunistische Opposition hat sich sogleich beim ersten Schritt der Partei auf dem richtigen Wege bereit erklärt, sie rückhaltlos und diszipliniert dabei zu unterstützen. Wird dieser Weg mutig und folgerichtig weitergegangen, so werden damit gleichzeitig die Voraussetzungen geschaffen, um die Einheit der kommunistischen Bewegung wieder herzustellen und so die innere Kraft der Partei und ihre Schlagkraft nach außen zu verstärken.

Kostbarste Jahre sind verloren, darum darf jetzt kein Tag mehr verloren werden. Es gilt jetzt ein Wettlauf mit der Zeit um Tod und Leben. Unter der Bedingung, daß dies begriffen und dementsprechend gehandelt wird, ist noch alles zu gewinnen. Aber nur unter dieser Bedingung.



